

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 Mk., Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckige Postkarte oder deren Raum 3,00 Mk., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 69.

Mittwoch, den 22. März 1922.

29. Jahrgang.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 22. März.

Gestern faßte die Reparationskommission endgültig Beschlüsse über den Wiedergutmachungsplan für 1922. Im wesentlichen blieb es bei den Abmachungen von Cannes. Deutschland hat für das laufende Jahr 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen abzutragen. Von dieser Summe abzuziehen sind die bisher geleisteten deutschen Ratenzahlungen in Höhe von achtmal 31 Millionen Goldmark; es bleibt also eine Restsumme — außer den Sachleistungen — von 472 Millionen Goldmark. Das macht auf jeden Monat eine Teilzahlung von rund 50 Millionen Goldmark. Gegenüber den bisherigen Teilzahlungen (90 Millionen) bedeutet das eine gewisse Erleichterung. Aber auch sie genügt nicht, um den Markkurs wieder zu festigen; oder um eine deutsche internationale Goldanleihe zu ermöglichen.

Außerdem hat die Entscheidung der Reparationskommission noch eine Reversoite. Sie verlangt eine Reihe von Garantien dafür, daß Deutschland Ordnung in seine Finanzen bringe. Nach der französischen Forderung sollte zu diesem Zweck sofort eine interalliierte Finanzkontrolle über Deutschland verhängt werden; England und Italien widersetzten sich diesem Plan und wollten sich mit einem Ultimatum begnügen, bei dessen Erfüllung Deutschlands Finanzwirtschaft völlig freibleiben sollte. Nach den letzten Nachrichten haben sich beide Parteien schließlich auf ein Kompromiß geeinigt. Genauer und zuverlässige Angaben darüber liegen noch nicht vor. Es scheint, als ob man mehr der englisch-französischen Auffassung zuneigt; daß man sich mit deutschen Garantien begnügen will, ohne selbst Kontrolle auszuüben. Allerdings sind diese Garantieforderungen sehr harte, und Deutschland soll ihnen sofort zustimmen. Es handelt sich um die Erhebung von Goldzöllen, Regelung des Devisenverkehrs, Aenderung des Reichsbankstatuts usw.

Alles in allem: wieder halbe Arbeit. Man verfährt nach wie vor nach dem Rezept, von dem der ehemalige Ministerpräsident Nitzi in seinem Buche „Das friedlose Europa“ sagt, daß es ebenso dumm wie verhängnisvoll sei. Man zwingt Deutschland, durch erhöhte Ausfuhr seinen Verpflichtungen nachzukommen; gleichzeitig aber möchte man diese Ausfuhr mit allen Mitteln vernichten. Man möchte die deutsche Kuh melken, gleichzeitig ihr aber auch das Futter abschneiden.

In Irland tobt aufs neue der Bürgerkrieg. Das unglückselige Land hat nur wenige Wochen die Ruhe genießen können, die das weitherzige Entgegenkommen Lloyd Georges ihm zunächst gebracht hatte. Jetzt sind die Verhältnisse verworrener als je. Das irische Volk selbst hat sich in sich gespalten. Die unentwegten Anhänger de Valeras, des eigensinnigen Verfechters der völlig unabhängigen Republik, haben aufs neue Kampfhandlungen begonnen. Gegen ihre eigenen Landsleute, die sich unter der Führung Griffiths mit England auf Grund des Abkommens ausöhnen möchten; und gleichzeitig gegen die protestantischen Ulsterprovinzen, denen sie die vorgesehene Sonderstellung auf keinen Fall zugestehen wollen. An der Grenze zwischen Südirland und Ulster sollen sich die beiden Parteien in Schußweite gegenüberliegen, in Schützengraben, mit allen Waffen moderner Kriegführung ausgerüstet. Auf der einen Seite die Anhänger de Valeras, auf der anderen die Ulsterwilligen Carson.

Es ist zu fürchten, daß die Iren durch ihre unverzöhnliche Haltung auch die Freiheit wieder verlieren, die ihnen in dem bekannten Abkommen von London zugesprochen wurde.

Die Vermögenssteuer angenommen.

SPD. Berlin, 21. März.

Der Reichstag erledigte am Dienstag die zweite Lesung des Vermögenssteuergesetzes. Die Abstimmung über den § 16 ergab, wie vorausgesehen war, eine bürgerliche Mehrheit dafür, daß die landwirtschaftlichen Grundstücke nach dem Ertragswert, und nicht nach dem gemeinen Wert veranlagt werden. Damit hat die bürgerliche Reichstagsmehrheit im Gegensatz zur Regierungsvorlage die Begünstigung der Agrarier wiederum in ein Steuergesetz hineingebracht. Unabhängige und kommunistische Anträge auf Erhöhung des Tarifes mußten auch von unserer Fraktion abgelehnt werden, weil der Tarif einen Gegenstand des Kompromisses bildet. An und für sich sind aber auch wir der Auffassung, daß die Vermögen eine höhere Belastung ertragen könnten. Es bleibt bei einer Steuer von 1 bis 10 vom Tausend und Zuschlägen zu diesen Steuerätzen von 100 bis 200 Prozent als Ablösung des Reichsnotopfers. Bezeichnend für den Willen aller bürgerlichen Parteien, die Steuererklärungen möglichst zu verschleiern, ist die Ablehnung eines Antrages der Unabhängigen, der forderte, daß zur Nachprüfung der Einschätzung von Edelsteinen, Perlen, wertvollem Hausrat usw. die Vorlage der Einbruch- und Feuerversicherungs-policen verlangt werden könne. Alle bürgerlichen Parteien stimmten diesem Antrag nieder. Der sozialistischen Sache wenig dienlich war wieder einmal das Verhalten der Moskauer Kommunisten. Ihr Wortführer Höllein stellte geradezu halbschamlose Rechenkünste an, die immer wieder Heiterkeitsstürme in der Halle hervorriefen. Einzelne kommunistische Abgeordnete äußerten dabei in Zwischenrufen ihre Sehnsucht, selbst Millionär zu werden, eine wunderliche antikapitalistische Betätigung. Die Anträge der Moskauer Kommunisten waren derart, daß nicht einmal die kommunistische Arbeitsgemeinschaft für sie stimmte. Im Laufe der Debatte versuchten Helfferich und Becker-Hessen die Rechtsparteien als die Urheber der neulich verabschiedeten Einkommensteuernovelle hinzustellen, die bekanntlich auch den kleineren Einkommen gewisse Erleichterungen bringt. Mollenhuth (SPD.) und Dr. Herz (Unabh.) wiesen den Herren nach, daß die Rechtsparteien nur für die Entlastung der Steuer für die großen Einkommen gesorgt hätten, während es der Arbeit der sozialistischen Parteien zu danken sei, daß eine, wenn auch unzureichende Entlastung der unteren Einkommensstufen erzielt wurde.

Das Vermögenszuwachssteuergesetz wurde ebenfalls nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen, die Steuerätze von 1—10 v. H. vorsehen Sozialistische Verschärfungsanträge wurden abgelehnt. Dr. Helfferich wollte in dies Gesetz, das erst am 31. Dezember 1925 zum erstenmal wirksam wird, überhaupt keinen Tarif hineinschieben, weil dies angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eigentlich nicht möglich sei. Sein dahingehender Antrag wurde abgelehnt.

Stürmische Auseinandersetzungen gab es bei dem Gesetzentwurf über die Nachkriegsgewinnsteuer, der nach den Beschlüssen des Ausschusses und des Kompromisses fallengelassen werden soll. Die Kommunisten zogen alle Register ihrer Steuerdemagogie. Der Abg. Koenen machte die Sozialdemokratie für alle Steuerfäden in Deutschland verantwortlich. Es hagelte nur so von Kapitalisnechten und Kapitaldienern, von sozialdemokratischen Steuerräubern und Arbeiterverrättern. Als dann Genosse Rahmann sich gegen diese Rüpelien und Verdrehungen zur Wehr setzte, wurden die Kommunisten wütend. Rahmann stellte zunächst einmal fest, daß wir sehr gerne an der Nachkriegsgewinnsteuer festgehalten hätten, wenn wir dies gegen die Mehrheit der bürgerlichen Parteien hätten durchsetzen können. Immerhin haben wir, keineswegs durch die Unterstützung der Kommunisten erreicht, daß an Stelle der Nachkriegsgewinnsteuer, die erst im Jahre 1925 oder 1926 2—3 Milliarden Mark erbracht haben würde, den Kapitalisten die mehrere Jahre unverzinsliche Zwangsanleihe von 60 Milliarden Mark auferlegt wurde. Davon schmeißen die Kommunisten. Ganz wild wurden die beiden kommunistischen Fraktionen, als Rahmann die Moralpredigt des Abg. Koenen durch die Tatsache illustrierte, daß der kommunistische Abg. Barh den Namen seines Kollegen Fries in der Anwesenheitsliste des Reichstages gefälscht habe, um die Diäten für den abwesenden Abgeordneten zu retten. Der Abg. Koenen hatte die Freiheit, in einer Antwort an Rahmann zu behaupten, solche Fälschungen würden auch in anderen Fraktionen geübt. Ihn Müller-Franken aufforderte, Namen zu nennen, denn die sozialdemokratische Fraktion werde jeden Abgeordneten ausschließen, der sich eines solchen Vergehens schuldig mache, wußte der münd-

gewaltige Koenen selbstverständlich keinen Namen anzugeben. Er hat sich seine Behauptung aus den Fingern gelogen. War diese Auseinandersetzung schon recht lebhaft, so kam es zu stürmischen Auftritten, die den Fortgang der Sitzung bedrohten, als Koenen die Affäre Hermes mit der Angelegenheit Barh-Fries in Vergleich zog. Minutenlang standen sich Rechte und Linke schreiend und gestikulierend gegenüber. In großer Erregung erklärte Hermes, er lehne es ab, sich mit Leuten auseinanderzusetzen, die gewohnheitsmäßig mit Verleumdungen arbeiteten. Er sehe dem gerichtlichen Verfahren und dem Ergebnis der parlamentarischen Untersuchung mit Ruhe entgegen.

Das Haus trat dann in die Beratung der Körperschaftsteuer ein, deren §§ nach kurzen Bemerkungen einzelner Abgeordneter in rascher Folge angenommen wurden.

Reichstag.

Dienstag, 21. März, nachm. 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Einfrage des Abgeordneten Kärzigel (Soz.), die dagegen Einspruch erhebt, daß vor der Postverwaltung noch immer Briefmarken verwendet werden, die das Bildnis des früheren Kaisers und einer Anzahl Generale tragen. Ein Regierungsvertreter erwidert, daß infolge der hohen Herstellungskosten die Restbestände im inneren Betrieb aufgebraucht würden. Seit Dezember 1921 seien die fraglichen Briefmarken nicht mehr an den Schaltern verwendet worden. Jetzt seien sie nahezu aufgebraucht.

Der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen geht an den Ausschuß. Es folgt:

Zweite Lesung der Steuervorlagen.

Die Beratung wird nach Zurückstellung der Abstimmung beim § 21 des Vermögenssteuergesetzes fortgesetzt. Nach dem § 21 beträgt die Vermögenssteuer für die natürlichen Personen von den ersten 250 000 Mark 1 vom Tausend und steigt bis auf 10 vom Tausend. Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt sie jährlich 1% vom Tausend. Der § 22 bringt Zuschläge zur Vermögenssteuer. Der Zuschlag beträgt jährlich für die natürlichen Personen von den ersten 250 000 Mark 100 % und steigt bis auf 200 %.

Herz (USP.) beantragt, schon für die ersten 100 000 Mark 100 % zu erheben und die Steuer bis auf 300 % steigen zu lassen.

Dr. Helfferich (DVP.) wendet sich gegen diesen Antrag. Höllein (Komm.) fordert ebenfalls eine stärkere Erhöhung der Zuschläge.

Helfferich beantragt, nicht dem Zuschlag zur Vermögenssteuer unterliegen sollen deutsche Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Handbriefe, Industriebriefe und andere fest verzinsliche, auf deutsche Währung lautende Wertpapiere sowie auf deutsche Währung lautende Hypotheken, soweit diese Wertpapiere und Hypotheken sich seit dem 30. Juni 1919 ununterbrochen im Besitze des Steuerpflichtigen befunden haben.

Staatssekretär Japj wendet sich gegen den Antrag Helfferich. Damit schließt die Aussprache, und es folgen die Abstimmungen.

Bei § 16 (Wertermittlung) wird beschlossen, daß für die Zeit der Erhöhung des Zuschlages die Reichsabgabenordnung mit der Maßgabe Anwendung findet, daß bei Ermittlung des Ertrages besonders der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Im übrigen wird der § 16 in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso die §§ 21 und 22, die die Tarife enthalten. Der Rest des Gesetzes wird ebenfalls in der Ausschlußfassung angenommen. Angenommen werden ferner die Entschließungen des Ausschusses, unter anderem besonders eine Vorlage, durch die für das Einkommensteuergesetz sowie für das Erbschaftsteuergesetz diejenigen Aenderungen vorgeschlagen werden, die durch die Markentwertung notwendig geworden sind.

Es folgt nun die zweite Beratung des Vermögenszuwachssteuergesetzes. Der Vermögenszuwachs soll gleichzeitig mit der Feststellung des Vermögenswertes für die Vermögenssteuer ermittelt werden, zum ersten Male in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis 31. Dezember 1925 von dem entstandenen Vermögenszuwachs. Wäter in Abständen von 3 zu 3 Jahren für den Zuwachs in der vorausgehenden 3 Kalenderjahren. Die Steuern betragen für die ersten 200 000 Mk. 1 % und steigen bis auf 10 %. Ein Vermögenszuwachs, der länger als 12 Jahre zurückliegt, bleibt bei der Berechnung der Steuer außer Betracht. Nach § 14 ist der Vermögenszuwachs nur dann steuerpflichtig, wenn er den Betrag von 100 000 Mark übersteigt. Die Steuer wird nur erhoben, wenn das Endvermögen mehr als 200 000 Mark beträgt.

Ein kommunistischer und ein deutschnationaler Antrag werden abgelehnt. — § 14 bleibt unverändert. § 16 enthält der Steuer-

tarif. Helfferich betont, man könne unmöglich heute schon einen Tarif zu einem Gesetz beschließen, das erst nach mehr als 3 Jahren angewendet werden solle. Die Kommunisten beantragen eine Verschärfung des Tarifes

Soldmann (USP.): Wir behalten uns einen Antrag für die dritte Lesung vor, wonach das Gesetz nicht erst 1926, sondern bereits früher in Kraft treten soll.

§ 16 wird unter Ablehnung der Abänderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen; ebenso der Rest des Gesetzes. Es folgt das Gesetz über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. — Der Ausschuss beantragt, den Gesetzesentwurf abzulehnen.

Dr. Geyer (K.), Soldmann (USP.) und Koenen (K.) werfen den Sozialdemokraten vor, daß sie die Besteuerung gerade der neuen Reichen ablehnen und fordern Wiederherstellung der Regierungsverlage.

Rahmann (Soz.): Die Zahlen, die der Abg. Koenen hier vorgebracht hat, sind unrichtig. Es ist nicht wahr, daß die arbeitende Bevölkerung nur 95 Milliarden Mark jährlich Arbeitslohn bekommen hat. Das jährliche Einkommen beträgt ungefähr 200 Milliarden Mark. Die Moral der Steuerüberdecker ist dieselbe, wie die Ihre (zu den Komm.), wenn Sie die Namen abwesender Fraktionskollegen in die Anwesenheitsliste eintragen. (Großer Lärm bei den Komm.) Wenn wir das vorliegende Gesetz ablehnen, so deswegen, weil die Zwangsanleihe für die Bestehenden unlegitim schon eine Leistung ist, dann aber, weil die Einziehung dieser Nachkriegsgewinnsteuer den Finanzämtern technisch unmöglich ist. In dem kommenden Wahlkampf wird das deutsche Volk zu entscheiden haben über die künftige Steuerlegislation und über die Verteilung der Steuerlasten auf Bestehende und Nichtbestehende. Auch die Kommunisten sind ja der Ansicht, daß der Besitz nur bis zu einem gewissen Grade mit Steuern belastet werden kann. Das geht aus ihren hier bisher gestellten Anträgen deutlich hervor. Wenn die Kommunisten und Sozialdemokraten vorwerfen, daß wir nichts gegen die Kapitalflucht getan haben, so erinnere ich an das Schicksal der Verordnung des Volksbeauftragten, uneres Genossen Landsberg, der jegliche Kapitalflucht verhindern wollte. Damals hat der kommunistische Finanzminister Dr. Geyer gegen eine solche Verordnung Widerspruch erhoben. Wenn es also dem Kapital gelungen ist, namhafte Werte der Reichsbesteuerung zu entziehen, so ist das gerade die Schuld der Kommunisten, die damals dem Kapital Vorschub geleistet haben. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Dr. Geyer (K.): Durch die persönlichen Angriffe des Abg. Rahmann gegen uns ist nur die Richtigkeit unserer Behauptung und der hier angeführten Zahlen bewiesen worden.

Koenen (Komm.): Wenn der Abgeordnete Rahmann weiter keine Argumente gegen die Nachkriegssteuern anführen kann als den Fall Bark, dann kann ich ihn nur bedauern. Soldmann und sein sozialdemokratischer Parlamentsdienst waren die Denunzianten. Die Miteneintragung wird von allen Abgeordneten als eine unwürdige Angelegenheit angesehen. (Widerpruch.) Es gibt doch genug Abgeordnete, die hierher kommen, sich einschreiben und dann ihren Geschäften nachgehen. Siedeln diese Leute nicht ihr Geld umsonst ein? Die Sozialdemokraten haben am allerwenigsten Grund, den Sittenrichter zu spielen. Gibt es nicht sozialdemokratische Minister, die eine Dienstwohnung haben, Ministergehälter und Diäten beziehen? Gibt es nicht Sozialdemokraten, die zugleich Abgeordnete und Oberbürgermeister oder Landräte sind? Bei der Sozialdemokratie sind durchaus nicht alle so ganz unschuldig. Uns gegenüber spielt der Reichstag hier den Entrüsteten, während gegen einen Mann, wie den Minister Hermes, ganz andere, viel schwerere Anklagen vorliegen. (Große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Bell: Ich habe dem Redner einen sehr weiten Spielraum gelassen, nachdem der Abgeordnete Rahmann einen Vortrag, der an sich mit dem Vermögenszuwachssteuergesetz in keinem Zusammenhang steht, zur Sprache gebracht hatte.

Reichsfinanzminister Hermes: Ich will nur mit einem Wort auf die persönlich gegen mich erhobenen Angriffe eingehen, die Abgeordnete Koenen gegen mich erhoben hat. (Ungehöriger Tumult bei den Komm.) — Die Worte des Ministers gehen zunächst im Lärm unter, nur allmählich kann sich der Minister mit erhobener Stimme verständlich machen. Ich sehe dem Verfahren vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß mit der größten Ruhe entgegen. Die infamen Verleumdungen scheinen mir gerade auf gewissen Seiten zu einem Werkzeug zur Bekämpfung der politischen Gegner geworden zu sein. (Lebhafte sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.)

Geyer sen. (Komm.): Der Abgeordnete Rahmann hat hier wiederum die schon zweimal widerlegte Behauptung aufgestellt, ich hätte nach der Revolution als Finanzminister in Sachsen die Bekämpfung der Kapitalflucht verhindert. Von einem Worte wie Rahmann kann man allerdings nichts anderes erwarten. Wir kennen Sie, Herr Rahmann, und die Arbeiter kennen Sie auch, die Sie in Ihrem eigenen Wahlkreis verurteilt haben.

Willebrandt (Soz.): Um die Verantwortung unserer Arbeit bei dem Steuerkampf ist uns nicht bange. Sie (nach links) kommen ja in unsere Versammlungen, weil Sie die Massen nicht zuhause bringen. (Lärm bei den Komm.) Wenn Abgeordnete Koenen behauptet hat, daß in unserer Fraktion ähnliche Dinge vorgekommen seien, wie der Fall des Abgeordneten Bark, so soll er Namen nennen, damit wir gegen diese Abgeordneten vorgehen können. Minister, die aus uneren Kreisen hervorgegangen sind, haben sich niemals bereichert. Das können wir mit gutem Gewissen sagen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Herk (USP.): Heute hat der Minister Hermes zum ersten Male auf die gegen ihn erhobenen Angriffe geantwortet. (Großes und anhaltendes Lärm.) Wir legen Verwahrung ein gegen die Behauptung des Ministers, daß von uns Verleumdungen ausgegangen wären. (Großer Lärm rechts.) Ich stelle fest: Es sind keine Verleumdungen gegen den Minister vorgebracht worden, sondern die Tatsachen sind außerordentlich belastend. Sowohl Herr Hermes als auch die Reichsregierung haben kein Wort der Erwiderung auf diese unüberlegbaren Tatsachen gefunden. (Lärm rechts.)

Soldmann (Soz.) befreit in einer persönlichen Bemerkung, daß im Sozialdemokratischen Parlamentsdienst Satz darauf gesetzt worden ist.

Damit ist die Aussprache beendet. Die Nachkriegssteuerkammer wird gemäß dem Beschlusse des Ausschusses abgelehnt. Es folgt die zweite Lesung des Körperschaftsteuergesetzes. Das Gesetz wird mit geringer Veränderung angenommen.

Abgelehnt werden unter anderem folgende Beschlüsse und nachträgliche Entwürfe auf Freilassung der Straflager von der Besteuerung.

Auf Antrag des Abgeordneten Gey (USP.) verlor sich das Haus am Mittwoch 2 Uhr: Internationales Gesetz (USP.) über polnische Uebergriffe und Grenzbesetzung im Reichsgeschichte. Weiterberatung der Steuerentwürfe. Weiterleitung des Formosa mit Preußen. — Schluß gegen 8 Uhr.

Starke Schwankungen der deutschen Mark.

Berlin, 21. März.

Am Montag wurde an der New Yorker Börse ein außerordentlich starkes Schwanken der deutschen Mark beobachtet. Man vermutet, daß große Käufe in deutscher Mark stattgefunden haben, um der Entwertung an der internationalen Börse entgegenzutreten. Die Berliner Börse zeigte am Dienstag im Hinblick auf die Vorgänge in Rom ein ähnliches Verhalten. Die Schwankungen des Dollars waren jedoch nicht so groß. Er setzte sich mit etwa 280 ein und blieb zwischen 280 und 290. Am Mittwoch notierten: Kabel Rom 288,50, London 284, Holland 11025. An der Effektenbörse verhielt sich die Spekulation sehr zurückhaltend. Einiges lebhaftes Interesse zeigte für einzelne Käufe, Käu- und Verkaufswert.

Die Entscheidung der Reparationskommission.

Noch 472 Millionen Goldmark für 1922. Paris, 22. März.

Eine Entscheidung der Reparationskommission über das Deutschland zu gewährende Moratorium und den Zahlungsplan für das Jahr 1922 liegt bis heute abend noch nicht vor. Die Veröffentlichung des Ergebnisses der Beratungen der Reparationskommission wird im Laufe des morgigen Tages erwartet. Nach heute abend vorliegenden Blättermeldungen soll die Antwort der Reparationskommission in drei Teile zerfallen:

1. Rechtfertigung der Lage Deutschlands eine Herabsetzung der Zahlungen für 1922?
2. Zurückweisung der Denkschriften Wirths und Rathenaus über die finanzielle Lage Deutschlands als vollkommen ungenügend und ungenau.
3. Der neue Zahlungsplan und die geforderten Garantien.

Die Leistungen Deutschlands wurden für das Jahr 1922 wie folgt festgelegt: bar sind 720 Millionen Goldmark zu zahlen, in Sachleistungen 1450 Millionen. Davon abgezogen werden sollen die bisher geleisteten Teilzahlungen. Die französischen Delegierten legten zu Beginn der Sitzung eine Denkschrift vor, die sich mit den Garantien beschäftigte sowie mit einer Kontrolle über die deutschen Finanzen. Diese Kontrolle soll sich erstrecken auf die deutschen Ausgaben, die Recheinnahmen, die Tätigkeit der Reichsverwaltung und die ausländischen Devisen. Weiter wird in der Frage des Moratoriums bestritten, daß Deutschland genügend Beweise seines guten Willens erbracht habe, um ein solches Moratorium zu rechtfertigen. Die Kommission besprach dann die Garantien. Man will als solche ansehen die Erhebung der Zölle in Gold, Herstellung des Gleichgewichts im deutschen Budget durch Einführung neuer Steuern und Aufnahme innerer Anleihen, Herstellung der Autonomie der Reichsbank und Einschränkung des Notenumlaufs, Unterdrückung der Kapitalflucht sowie Maßnahmen zur Herbeibringung der ausländischen Devisen.

Beschleunigter Zusammentritt des Völkerbundes.

London, 21. März.

Die nächste Zusammenkunft des Völkerbundes, welche vom 25. März auf den 23. April verschoben wurde, um sich mit verschiedenen Angelegenheiten, wie die der russischen Flüchtlinge und der Arbeit und Mitgliedschaft der zurzeit gemischten Rüstungskommission zu befassen, wird jetzt sogar früher abgehalten werden. „Daily News“ führt aus, daß die Sanktion des Rates unmittelbar verlangt wird, um die Vertreter der verschiedenen technischen Organisationen zu ernennen, die an der Genuever Konferenz teilnehmen sollen. Die Zeitungen legen eine schnelle Zusammenkunft des Rates in Paris voraus, um sich mit den oben erwähnten drei Gegenständen zu befassen.

Wechsel im Vorsto.

Paris, 22. März.

Der Pariser Korrespondent des Brüsseler „Soir“ meldet, daß Biniati die Absicht habe, sein Amt als Vorsitzender des Völkerbundes niederzulegen. Auch Leon Bourgeois soll aus Gesundheitsrücksichten an seinen Rücktritt denken. Eine Bestätigung dieser Meldung war noch nicht zu erlangen.

Der Abzug der Amerikaner vom Rhein.

Zu der Meldung, daß Amerika seine noch am Rhein stehenden Besatzungstruppen bis zum 1. Juli dieses Jahres völlig zurücktransportieren wird, schreibt die „Voss. Ztg.“:

Schon vor kurzem ist im amerikanischen Senat die Zurückziehung der amerikanischen Truppen verlangt worden. In den letzten Monaten wurden mehrfach Meldungen, die sich hinterher als falsch herausgestellt haben, verbreitet, wonach die amerikanischen Truppen aus den heftigsten Gebieten zurückgezogen werden sollen. Die authentische Fassung der jenseitigen Meldung läßt wohl keinen Zweifel mehr daran aufkommen, daß diese so vielfach prophezeigte Maßnahme nunmehr zur Tatsache geworden ist. Die Zurückberufung der amerikanischen Besatzungstruppen ist eine Konsequenz der Haltung, die Amerika in der Entwaffnungsfrage bisher eingenommen hat, und ist wohl als ein neuer Druck auf die Entschlüsse der Entente anzufassen. Dadurch wird von neuem in den alliierten Ländern die Diskussion über die Besatzung aufgerollt werden. Die dadurch für die Regierungen in England und in Frankreich wachsenden Schwierigkeiten sollten von Deutschland benutzt werden, um die alliierten Völker davon zu überzeugen, daß es viel wirksamere Garantien für dauernden Frieden und für ein vernünftiges wirtschaftliches Zusammenarbeiten der Völker gibt, als das rein militärische Machtmittel der Okkupation. Vielleicht wird in Genua gerade durch das Gewicht der neuen amerikanischen Aktion die Neigung der Alliierten wachsen, sich mit Deutschland über solche wirksamen Garantien zu unterhalten.

Das deutsche Ernährungselend.

Die Ernährungsminister für das Umlageverfahren in der Kartoffelversorgung. SPD. Berlin, 21. März (Drahtbericht.)

Am Dienstag tagte in Berlin unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Huber eine Konferenz der Ernährungsminister aller Länder. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Getreidebewirtschaftung und der Kartoffelversorgung. Alle Länder, mit Ausnahme von Bayern, dessen Vertreter sich eine endgültige Stellungnahme vorbehielt, sprachen sich für die Beibehaltung der Getreidemenge aus. Ueber die Höhe der Umlage gaben die Meinungen weit auseinander. Von verschiedenen Seiten wurde verlangt, daß der gesamte Bedarf des Bestgetreides durch die Umlage gedeckt werden soll. Festgestellt wurde auch, daß schon die Erhebung der jetzigen Umlage von 2½ Millionen Löhnen großen Schwierigkeiten begegnet sei. Ueber Einzelheiten in bezug auf die künftige Getreidebewirtschaftung finden am Mittwoch weitere Verhandlungen statt. In bezug auf die Kartoffelversorgung herrschte vollkommenes Einverständnis darüber, daß die freie Wirtschaft auf dem Kartoffelmarkt zu den größten Schwierigkeiten geführt hat. Allgemein wurden Maßnahmen gewünscht, um für das kommende Wirtschaftsjahr die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu sichern. Auch wurde verlangt, daß bezüglich der Kartoffelversorgung

andere Schritte als bisher unternommen würden. Die Vorschläge, die hierzu gemacht wurden, bezogen sich auf die Umlage bei Lieferungsverträgen. Die Auffassung der Konferenz wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die von dem Reichsernährungsministerium die Erfassung der Kartoffeln verlangt, zum Ausdruck gebracht.

Um das Reichsernährungsministerium.

Als Nachfolger von Hermes werden zurzeit der oldenburgische Ministerpräsident T a n k e n, der frühere Staatssekretär W a r m h o l d t und der Ministerialdirektor S a g e d a r n, der schon lange im Reichsernährungsministerium tätig ist, genannt. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst bemerkt dazu: Der Ministerialdirektor Sageborn ist für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ganz unertragbar. Am ehesten könnte sich die Partei noch mit Tanken einverstanden erklären. Außerdem wird in den Kreisen der freien Gewerkschaften Professor A e r e b o e als künftiger Reichsernährungsminister viel genannt.

Eine Denkschrift des Reichsverkehrsministeriums zur Lage der Reichsbahnen.

Berlin, 21. März.

Das Reichsverkehrsministerium hat in diesen Tagen eine kleine sehr interessante Schrift im Verlage von Hans Robert Engelmann erscheinen lassen, die die Lage der Reichsbahnen behandelt. Raschenerhand werden darin die Wirtschaftslage, die Betriebs- und Verkehrsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der schwierigen Betriebsgebiete (Sachsen, Ruhrgebiet und Hamburg usw.) behandelt und die Entwicklung der Betriebsleistungen und der Werkstättenleistungen (Lokomotiven- und Wagenausbesserung) geschildert. Hieran schließen sich wertvolle Statistiken über den Bestand an Fahrzeugen, die Fahrzeugausbesserung in Privatbetrieben, der Materialpreis, die Entwicklung des relativen Brennstoff- und Ölverbrauchs, die Personalbewegung, die Gehalts- und Lohnentwicklung als Wirkung der Geldentwertung und die Personen- und Gütertarifentwicklung an. Ferner gibt die Denkschrift noch einen kurzen Ueberblick über die finanziellen Verhältnisse der Eisenbahnen des Auslandes. In wertvollen Anlagen sind vierzehn Abbildungen zur Verkehrs- und Betriebslage der Reichsbahnen angefügt.

Freiheit auf Staatskosten.

Die auffälligen ehemaligen Kadetten von Lichterfelde werden in der deutschnationalen Presse als Opfer staatlicher Brutalität hingestellt. Dazu wollen wir bemerken, daß der brutale Staat Preußen im Jahre 1920 der Anstalt einen Zuschuß von 3,3 Millionen, im Jahre 1921 einen Zuschuß von 5,5 Millionen Mark geleistet hat. Auf jeden Schüler kamen im letzten Jahre rund 11 000 Mk. staatlicher Zuschuß. Die Zuschußsumme zu der Anstalt ist höher, als z. B. die Gesamtsumme, die in ganz Preußen für die Entschädigung sämtlicher Schöffen und Geschworenen aufgewendet wird. Die Schüler der Anstalt haben also, wie man ohne Uebertreibung sagen kann, ihre gesamte Existenz von der brutalen Republik erhalten. Den Dank dafür haben sie in echt deutschnationaler Weise abgestattet.

Verhaftung eines Kommunisten.

Berlin, 20. März.

Auf Anregung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung hat die Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums am 17. d. M. bei einem Vertrauensmann der kommunistischen Partei, dem in der Lindenstraße in bescheidenen Verhältnissen lebenden Mechaniker Walter Ahrends, eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurde in der Wohnung eine hochwertige, mit allen erforderlichen Apparaten reichlich ausgestattete kostspielige Funkenanlage entdeckt. Außer der Anlage wurden zahlreiche geheime Dienstvorschriften über Funken- und Telegraphendienst, Verzeichnisse von Funkenstationen, von Kabeln und unterirdischen Telegraphenlinien, von Zeitafeln, ferner Verzeichnisse von Postanstalten, Pläne, Zeichnungen und anderes auf das amtliche militärische und postamtliche Funken- und Telegraphenwesen bezügliche geheimes Material teils im Original, teils in Abschriften vorgefunden. Auch fand man die Adressen zahlreicher „zuverlässiger“ kommunistischer Vertrauensleute unter den hiesigen Postbeamten und den Angestellten hiesiger Telephon- und Telegraphenfirmen. Ahrends selbst hat sich seiner Festnahme durch die Flucht entzogen. Der in die Angelegenheit verwickelte kommunistische Stadtrat und Parteisekretär Grulemiz ist von der Polizei festgenommen worden und wird demnächst der Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats zugeführt werden.

Bäckerlöhne und Brotpreis.

Man schreibt uns:

Von den bei der Brotpreisfestsetzung zuständigen kommunalen Stellen wird bei der jeweiligen Preiserhöhung u. a. auch als Grund die Forderung der Arbeiter auf Lohnerhöhung angeführt. Hierdurch entsteht bei den Brotkonsumenten die Auffassung, die Bäckerarbeiter seien an der enormen Broterhöhung mitschuldig, weil sie mit den Bäckermeistern unter Außerachtlassung der allgemeinen Notlage nur für ihre eigenen Vorteile sorgen. Diese Vermutung stimmt mit der Wirklichkeit nicht überein. So wurde z. B. von einer Reihe Großstädte festgestellt, daß die im Februar eingetretene Preiserhöhung zwischen 61,9% und 82,48% schwankt. Die bei dieser allgemeinen Teuerung erfolgte Lohnerhöhung bewegt sich zwischen 1,23% und 5%. Bei dieser geringfügigen Erhöhung des Lohnanteiles, die in Anbetracht der allgemeinen weit aus höheren Teuerung selbst im ärmsten Haushalt nicht belästigend wirkt, würden die Brotpreiskommissionen in Zukunft klüger handeln, wenn sie der Öffentlichkeit die wirklichen Gründe der Preiserhöhung darlegen. Man sollte auch den Mut haben, der Wahrheit die Ehre zu geben, und nicht in den ausgetretenen Bahnen der Unternehmer wandeln, die der Arbeiterschaft an jeder Preiserhöhung die Schuld zuschieben.

Ueber 140 000 streikende Metallarbeiter in Württemberg.

Stuttgart, 22. März.

Ueber den Umfang der Streikbewegung ist einer von dem Deutschen Metallarbeiterverband herausgegebenen Zusammenstellung zu entnehmen, daß in ganz Württemberg 180 Betriebe mit etwa 140 000 Arbeiter sich im Streik befinden. In 30 Betrieben haben 15 000 Arbeiter in Künigsau

Das internationale Arbeitsamt in Genua.

Eine Unterredung mit Albert Thomas.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Genosse Albert Thomas, kehrte gestern auf der Durchreise von Moskau nach London in Berlin. Einem Mitglied der „Vorwärts“-Redaktion gegenüber setzte er den Zweck seiner Reise nach Moskau auseinander:

Die Regelung der Invaliden- und Altersversicherungsfragen in den von Deutschland an solche Staaten abgetretenen Gebieten, die die gleichen sozialen Einrichtungen noch nicht besitzen, ist eine äußerst schwierige Aufgabe, zu deren Lösung es meist der Vermittlung einer unparteiischen Kommission bedarf. Schon bei der Lösung dieses Problems zwischen Frankreich und Deutschland in bezug auf die sozialen Einrichtungen in Elsass-Lothringen (Art. 77 des Versailler Friedensvertrages) wurde das Internationale Arbeitsamt um seine Vermittlung ersucht. Damals fanden die darauf bezüglichen Verhandlungen in Haag statt und führten zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis. Neuerdings haben sich gewisse Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Polen bei der Behandlung der gleichen Angelegenheit für die abgetretenen Teile Polens und Westpreußens ergeben und wiederum wurde das Internationale Arbeitsamt beauftragt, eine unparteiische Kommission von Sachverständigen zu ernennen. Diese Kommission besteht aus einem Schweizer, Christian Moser, einem Schweden, Lindstedt, und einem Italiener, dem früheren Arbeitsminister im zweiten Kabinett Mussolini, Abbiate. Alle drei sind hervorragende Kenner dieser sozialen Einrichtungen. Ich bin nun nach Moskau gefahren, weil meine Anwesenheit für die Regelung verschiedener technischer Einzelheiten gewünscht wurde. Es sind noch nicht alle Schwierigkeiten behoben, aber es sind erhebliche Fortschritte erzielt worden und die Verhandlungen werden im Monat April in Nürnberg fortgesetzt werden, wo die Vertreter beider Regierungen mit weiterem statistischen und sonstigen Material ersehen und mit der Kommission des Arbeitsamtes weiter beraten werden. Im Mai soll sodann in einer Schlussberatung, die in Genf stattfinden soll, die schwierige Angelegenheit endgültig geregelt werden.

Das Gespräch wandte sich dann der Frage der **Mitwirkung des Internationalen Arbeitsamtes an der Wiederaufbaukonferenz von Genua** zu. Auf die Frage, worin die Beteiligung des Arbeitsamtes bestehen würde, antwortete Genosse Thomas wie folgt:

Nach dem Beschluß des Obersten Rates in Cannes, eine Wiederaufbaukonferenz in Genua einzuberufen, beschloß der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in seiner letzten Tagung in Genf seine Mitwirkung anzubieten und beauftragte mich, nach London, Paris und Rom zu fahren, um dort die offizielle Einladung des Internationalen Arbeitsamtes zu erwirken. Der englische Premierminister Lloyd George, mit dem ich zuerst darüber sprach, war grundsätzlich mit dem Gedanken einverstanden, hatte jedoch das Bedenken, daß eine solche Auforderung an eine Institution, die indirekt mit dem Völkerbund zusammenhängt, die damals noch als wahrscheinlich geltende Be-

teiligung der Vereinigten Staaten bei der bekannten amerikanischen Abneigung gegen den Völkerbund, gefährden könnte. Mit einer etwaigen Zuziehung des Internationalen Arbeitsamtes als einer technischen Beratungsinstanz war er jedoch durchaus einverstanden. Auch Poincaré und Bonomi hatten nichts dagegen einzuwenden. Kürzlich ist auch bekannt geworden, daß das Internationale Arbeitsamt ebenso wie die technischen Kommissionen des Völkerbundes offiziell aufgefordert werden, Delegierte nach Genua zu entsenden und ihre Dokumentation für die Arbeiten der Konferenz zur Verfügung zu stellen.

Das Internationale Arbeitsamt hat nun im Laufe seines bisherigen Bestehens sehr umfangreiches statistisches und wissenschaftliches Material gesammelt, einmal über die Produktion in den verschiedenen Ländern Europas — wir besitzen solche Angaben über vierzehn der wichtigsten Länder — ferner über die geschehenen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse in Sowjetrußland und endlich über die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitslosigkeit in Europa. Es ist wohl anzunehmen, daß eine Wiederaufbaukonferenz zur positiven Arbeitsleistung eine solche Dokumentation nicht wird entbehren können.

Es könnte aber auch sein, daß die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes in Genua sich darüber hinaus erstreckt, falls von irgendeiner Seite den Regierungen Vorschläge unterbreitet würden, deren soziale Rückwirkungen eine besondere Erklärung bedürfen. So hatte die Brüsseler Internationale Finanzkonferenz im Dezember 1920 u. a. die Einstellung der Arbeitslosenunterstützungen als für die Gesundung der europäischen Finanzen unerlässlich bezeichnet, ohne sich dessen bewußt zu sein, welche ungeheuren sozialen Erschütterungen eine derartige Maßnahme zur Folge gehabt hätte. Es wird die Aufgabe des Internationalen Arbeitsamtes sein, gegebenenfalls vor solchen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und damit letzten Endes die gesamte Produktion gefährdenden Maßnahmen zu warnen. In einem solchen Eingreifen wären nicht nur die Arbeiter, sondern übrigens auch die Arbeitgeber interessiert, die ja bekanntlich ebenfalls im Internationalen Arbeitsamt vertreten sind.

Auf die Frage, wie er die allgemeinen Aussichten von Genua beurteile, erwiderte Thomas, daß man zwar über die positiven Erfolge eine Voraussage wohl noch nicht wagen könne, daß man aber zumindest einen starken moralischen Fortschritt von dieser Konferenz erwarten dürfe.

Kathenaus Vorbereitungen für Genua.

Wie die **U.** erfährt, wird Dr. Rathenau in der nächsten Kabinettsitzung sein Programm für die Konferenz von Genua vorbringen. Es ist anzunehmen, daß von diesem Zeitpunkt ab alle Vorarbeiten für die Konferenz die bisher von den einzelnen Ressorts durchgeführt worden sind, in seiner Hand konzentriert werden.

Die Sozialisierungskommission gefährdet!

SPD. Berlin, 20. März. (Drahtbericht.)

Im Reichshaushaltsplan für 1920 waren für die Sozialisierungskommission 720 000 Mk. eingelegt. Im Jahre 1921 waren es nur noch 516 000 Mk. und auch in dem diesjährigen Reichshaushaltsplan sind trotz der großen Geldentwertung nur 516 000 Mk. für die Sozialisierungskommission vorgesehen. Selbst diese Summe ist aber den Gegnern einer wissenschaftlichen Untersuchung der Sozialisierungsgedanken eine Ungeheuerlichkeit. Am Montag gab es im Hauptausschuß des Reichstages eine Aussprache, die deutlich zeigte, daß alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger der Sozialisierungskommission den Tod wünschen. Der deutsche Volksparteiler Kießler begann den Vorstoß. Ihm antwortete zunächst der Unabhängige Dr. Herz, der nebenbei darauf hinwies, daß unter den 27 Mitgliedern der Sozialisierungskommission nur 10 Sozialisten sind. Trotz dieser ungünstigen Zusammensetzung trat der unabhängige Redner für den Fortbestand der Sozialisierungskommission ein. Wisseil (SPD.) wandte sich in einer sehr entschärfenden Rede gegen die Anträge, die eine Streichung oder Herabsetzung der für die Sozialisierungskommission geforderten Summe bezwecken. Diese Anträge würden den Millionen Arbeitern und Angestellten, die sich mit Sozialisierungsfragen beschäftigen, zeigen, daß die bürgerlichen Parteien eine wissenschaftliche Untersuchung dieser Probleme nicht wünschen. Der wissenschaftliche Wert der Untersuchung der Sozialisierungskommission werde von der Wissenschaft allgemein anerkannt. Es sei für die Sozialdemokratie politisch unerträglich, wenn durch Streichung der Mittel die Arbeit der Sozialisierungskommission unmöglich gemacht werde. Neben den Abgeordneten Dr. Pachnicke (DDP.), Schulz (DAP.) machte auch der Abg. Ersing (3.) als ein Arbeitervertreter aus seiner Feindschaft gegen die Sozialisierungskommission keinen Hehl. Sie meinten, der betreffende Ausschuß des Reichswirtschaftsrates könne die Sozialisierungsfragen sämtlich mit erledigen. Aufhäuser (UP.) beehrte sie dahin, daß der Reichswirtschaftsrat wohl einen sozialpolitischen Ausschuß, aber keinen Sozialisierungsausschuß habe. Er sei übrigens eine Interessenvertretung und keine wissenschaftliche Körperschaft, wie die Sozialisierungskommission. Eben erst habe man dieser die Frage der Deconomisierung der Eisenbahn und der Post überwiesen, nun wolle man ihr die Arbeit unmöglich machen. Die Mitglieder der Sozialisierungskommission erhalten ganze 600 Mk. monatlich, also eine Entlohnung, die zu ihrer Arbeit in keinem Verhältnis steht. Die Sozialisierungskommission sei die beschleunigte Erfüllung des letzten der 8 Punkte, die seinerzeit nach dem Kapp-Putsch von der Arbeiterklasse aufgestellt worden seien. Es werde wie die Sanjare wirken, wenn man nun auch diesen Rest der

Bedingungen nicht erfüllen wolle. Staatssekretär Hirsch erklärte, daß es in der Tat im Reichswirtschaftsministerium keine Sozialisierungskommission gebe. Auch könne sich der Reichswirtschaftsrat bei seiner Ueberlastung nicht mit exakten wissenschaftlichen Untersuchungen beschäftigen.

Aus der deutschnationalen Klotze.

Unter der anziehenden Ueberschrift „Der Drang zur Futterkrippe“ wußte die „Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland“ am 13. März folgendes zu berichten:

„In der vergangenen Woche hielten sich unter anderen namhaften Persönlichkeiten, die Herren Minister Severing und Oberpräsident Hörsting aus Magdeburg, in Leipzig auf. Und hier fanden sich die Genannten am Abend mit dem dortigen Polizeipräsidenten, dem Genossen Richter, zu einer Flasche Wein zusammen. Bis hierher eine erfahrungsgemäß sehr glaubhafte Angelegenheit. Nun aber befand sich auf irgendwelche Art ein Herr Schlichting in Tischgesellschaft der drei Beamten. Man kam in anregte auch politische Gespräche, und im Laufe dieser Unterhaltung fiel aus dem Munde des Herrn Ministers die über den Rahmen Leipziger Weinlokale hinaus sehr interessierende Erklärung, daß der Regierungspräsident von Merseburg der nächste sei, der abgesetzt wird! Wieso und warum, das wurde nicht erörtert, wohl aber die sehr bemerkenswerte Frage des Nachfolgers für den abzuscheidenden Herrn von Gersdorf. Nam' und Art des neuen Mannes für Merseburg ist: Stahl, Genosse (S. P. D.) aus Breslau!“

Das deutschnationale Blatt versichert, daß ihm dieser Bericht von unbedingt zuverlässiger Seite zugegangen sei. Der Bericht trifft auch vollkommen zu, bis auf die folgenden Kleinigkeiten: Minister Severing war seit zwei Jahren nicht mehr in Leipzig, Wilhelm Richter ist nicht Polizeipräsident von Leipzig, sondern Polizeipräsident von Berlin; er war auch nicht in Leipzig. Hörsting war seit Monaten nicht in Leipzig. Ein Genosse Stahl ist in Breslau unbekannt; hingegen gibt es einen bekannten Sozialdemokraten dieses Namens, der früher dem Reichstag und zuletzt der Nationalversammlung angehört hat, den Bürgermeister Emil Stahl aus Spandau. Severing hat die Absicht, den deutschnationalen Regierungspräsidenten von Merseburg Herrn von Gersdorf abzulösen, nach Lage der Verhältnisse in einem Leipziger Weinlokal nicht äußern können; er hat sie aber auch nicht anderwärts geäußert, weil er überhaupt nicht die Absicht hat, Beamte, die ihr Amt ordentlich führen, wegen ihrer politischen Gesinnung zu maßregeln.

Die ganze Notiz ist nichts als eine schmutzige Verleumdung. Der Zweck der Uebung ist, den Satz niederzuschreiben: „Der Drang zur Futterkrippe in Ehren, aber auch die Nacht der neuen roten Kabinettsstrannen hat eine Grenze.“

Nach schöner als dieses deutschnationale Berichtsklein ist eine Eigenmeldung der „Süddeutschen Zeitung“ (Nr. 53), der zufolge der Minister Severing nicht nur in der Weimarer Regierungspräsidenten herauswirft, sondern sich nebenbei auch in seiner freien Zeit an Einbruchsdiebstählen beteiligt. Das Blatt bringt einen eigenen Bericht über die Auflösung des Vereins „Berliner Selbstschutz“, der angeblich der Schutzpolizei in Berlin außerordentliche wertvolle Dienstleistungen geleistet und dafür vielfache Anerkennung gefunden haben soll. Noch bei dem Eisenbahnstreik habe der „Selbstschutz“ mehrere 100 Helfer zur Verfügung gestellt. Das Blatt fährt fort:

„Der sozialistische Polizeipräsident Richter hatte ebenso wenig gegen die Tätigkeit des Vereins etwas einzuwenden, wie sein Parteigenosse Severing, bis eines Nachts mehrere Einbrecher von dem Selbstschutz aufgegriffen wurden, die politisch derselben Partei angehörten wie der Herr Minister. Und das scheint von Severing unangenehm empfunden worden zu sein.“

Alle diese niederträchtigen, natürlich ganz frei erfundenen Verleumdungen werden von Berliner Bureaus systematisch über das ganze Land verbreitet, wie daraus hervorgeht, daß sie gleichzeitig in einer ganzen Anzahl von Zeitungen erschienen sind. So wird von der deutschnationalen Klotze aus die Republik und der republikanische Minister mit Schmutz beworfen!

Minister Severing hat gegen die Zeitungen, welche die letzte Verleumdung verbreitet haben, Strafantrag gestellt. Man darf gespannt darauf sein, ob das Gericht wiederum die Ehre sozialdemokratischer Minister auf etwa einen alten preußischen Taler einschätzen wird.

Die Deutschnationalen haben übrigens, als sie wegen diesem neuen Verleumdungsexempel ihrer Presse zur Rede gestellt wurden, sich ausgezeichnet verteidigt. Sie haben erklärt, daß die Blätter, welche diesen Schmutz verbreiten, gar keine deutschnationalen Parteiorgane wären, sondern einem Konzern angehörten, der — wie die „Tägliche Rundschau“ — zu 50 Prozent deutschnational und zu 50 Prozent volksparteilich wäre. Es wird also noch festgestellt werden müssen, wieviel Prozent von der Verleumdung auf die hochgeborenen Herren Deutschnationalen und wieviel Prozent auf die volksparteilichen Koalitionsgenossen entfällt. Aber in der Bewunderung für derartige feine Kampfmittel kann das jedenfalls nichts ändern.

Volkswirtschaft.

Scharfes Anziehen der Devisenkurse.

An der Montagsbörse machte sich, wie bereits kurz gemeldet, eine erhöhte Nachfrage nach Devisen geltend. Der Dollar wurde im freien Verkehr bis auf 307 hinaufgetrieben. Die amtliche Notierung war 304,69 (Sonntags 283,21), sie bleibt also nur noch um 5 Mk. hinter dem am 8. November vorigen Jahres erreichten Höchstkurs von 310 zurück. Wehlich schnellten die übrigen fremden Zahlungsmittel in die Höhe, so 100 holländische Gulden von 10 664 auf 11 264, 1 Pfd. Sterling von 1242 auf 1334, 100 Schweizer Frank von 5614 auf 5964. Dabei war die Nachfrage so stark, daß zu diesen Kursen keine regulären Geschäfte zustande kamen, sondern die Nachfrage durch Zuteilungen befriedigt werden mußte. Dollarkäufer erhielten nur 50 Proz., Käufer französischer und englischer Devisen 35, solche belgischer und italienischer Wechsel nur 25 Proz. des Bedarfs. Es scheint, daß die Devisenhamster wieder am Werke sind und im Hinblick auf die ohnehin lebhaftige Nachfrage der Industrie Spekulationskäufe vornehmen. Die gestrigen Devisenkurse wirkten prompt auch auf den Getreidemarkt ein, wo märkischer Roggen von 540—546 auf 570—580 Mk. je 50 Kilogramm, Weizenmehl von 1740—1860 auf 1800—1920, Roggenmehl von 1240—1350 auf 1300—1420 Mk. je 100 Kilogramm gegen Sonntagskieser. In diesem Maße bereichert die sinkende Mark die notleidende Landwirtschaft am einem einzigen Tage!

Wiedmarkt.

Hamburg, 21. März.

Schweinemarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtwiedmarkt, wird uns mitgeteilt:

	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund	2500—2550 Mk.
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	2400—2500
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	2200—2300
geringere Ware	1800—2100
beste Sauen	2300—2400
geringere Sauen	1900—2200

Zufuhr: 8650 Schweine. Der Handel war reg.

Devisen-Kurse.

Berlin, 22. März.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		21. März.	20. März.
Amsterdam	100 fl.	11018.95	11263.70
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2445.05	2597.40
Kristiania	100 Kr.	5084.90	5254.70
Kopenhagen	100 Kr.	6153.80	6393.60
Stockholm	100 Kr.	7552.40	7932.05
Helsingfors	100 finn. Mk.	619.35	625.85
Rom	100 Lire	1473.50	1548.45
London	1 £	1262.70	1333.65
New York	1 Doll.	288.21	304.69
Paris	100 Frs.	2602.35	2747.25
Zürich	100 Frs.	5914.35	5954.—
Madrid	100 Pesetas	—	—
Wien	100 K.	3.98	3.98
Budapest	100 K.	35.86	36.96
Prag	100 K.	496.50	510.45

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit
Lage Std.					
Angekommen am 21. März.					
E.	Emmi Stein	Broderfen	Böge	1	
S.	Regina	Behrendt	Söndborg	1	
D.	Bürgermeister	Laßberg	Burgkaten	3	
S.	G. W. Kristin	Johannson	von See		
Angekommen am 22. März.					
D.	Wiking	Christensen	Söndborg	1	
D.	Magdalen	Hennings	Niel	1/2	
D.	Majoren	v. Wein	Hamburg	1	
D.	Delphin	Wienke	Rolding	1	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Deber; für Journalismus Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. Lübeck in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 22. März.

Die Differenzen mit der Flanderverwerft beigelegt.

Vom Polizeiamt wird uns geschrieben: „Der Ortsausschuß der Lübecker Gewerkschaften war Dienstag beim Polizeibehörden wegen der NichtEinstellung einzelner Arbeiter auf der Flanderverwerft vorstellig geworden. Die Vertreter des Ortsausschusses behaupteten dabei, daß seitens der Flanderverwerft die Pflicht bestände, außer der Entlassung von Roß auch noch weitere Arbeiter zu entlassen, die sich mißliebiger gemacht hätten. Darin erblickte der Ortsausschuß einen Vorstoß gegen die Betriebsräte im allgemeinen und drohte seinerseits weitere Maßnahmen der Gewerkschaften an. Bei einer vom Polizeibehörden angeregten Besprechung beim Bürgermeister erklärte aber die Flanderverwerft, daß sie nie daran gedacht habe, irgendwelche Maßregelungen vorzunehmen. (Ob das stimmt, möchten wir stark bezweifeln. Nach den uns gemachten glaubwürdigen Mitteilungen bestand die Pflicht, mehrere Arbeiter nicht wieder einzustellen. Dieses konnten die Arbeiter nicht anders als eine Maßregelung auffassen. Red.) Selbstverständlich sei es technisch nicht möglich, bei einem derartig großen Betriebe, alle Arbeiter mit einem Male wieder einzustellen. Um aber den Arbeitern jeden Zweifel zu nehmen, erklärte die Werftleitung, alle Arbeiter, mit Ausnahme von Roß, sobald als möglich wieder zur Einstellung zu bringen. Der größte Teil der Arbeiter wird bis Ende dieser Woche wieder im Betriebe sein, der Rest bis spätestens Dienstag kommende Woche.“

Einführung der Selbstverwaltung der Schulen und der Elternbeiräte.

Vom Lehrerverein wird uns geschrieben: „Mit dieser in Lübeck noch immer nicht gelösten, brennenden Schulfrage beschäftigte sich der Lehrerverein in mehreren sehr stark besuchten Versammlungen. Bei der Schlussabstimmung wurden die zur Beratung stehenden Gesetzentwürfe über die Selbstverwaltung der Schulen und die Elternbeiräte einstimmig angenommen. Ferner wurden auf einstimmigen Beschluß entsprechende Eingaben an die Ober-Schulbehörde und die Bürgererschaft gerichtet. In der Begründung dieser Eingaben stützt sich der Lehrerverein nicht auf theoretische Erwägungen, sondern lediglich auf Erfahrungen, die bereits aus anderen Städten vorliegen.“

Die Selbstverwaltung der Schulen, das bedeutet die verantwortliche Verwaltung der einzelnen Schule durch den Lehrkörper in seiner Gesamtheit, ist eine Programmpforderung des 130 000 Mitglieder zählenden deutschen Lehrervereins, die auf der Vertreterversammlung 1918 mit 2/3 aller Stimmen beschlossen wurde. Auch der 10. Ausschuß der Reichsschulkonferenz, der die Frage der Schulleitung behandelte, entschied sich mit 2/3 Mehrheit für die kollegiale Schulleitung. Eingeführt ist die Selbstverwaltung in Hamburg 1919, in Sachsen 1919, in Bremen 1919 und in Thüringen 1920. In allen diesen Staaten wird der Schulleiter auf Zeit gewählt. In Preußen ist auf Grund des Ministerial-Erlasses vom 20. 9. 19 die Selbstverwaltung angedacht durch die Gewährung des vollen Konferenzrechts und Befreiung des Vorgesetztencharakters des Schulleiters; in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Düsseldorf und Hannover ist sie dagegen in vollem Umfang probeweise eingeführt, um praktische Erfahrungen zu sammeln. Hinsichtlich der Wahl der Schulleiter teilt ein Erlaß des preussischen Landtages vor, die Wahl nach den Befugnissen des Ausschusses 10 der Reichsschulkonferenz (Wahl auf Zeit) zu regeln. Hierzu hat die Regierung

erklärt, daß sie eine Vorlage in dem erwähnten Sinne einzubringen gedenke.

Aus dieser kurzen Uebersicht ergibt sich, daß es sich bei der Einführung der Selbstverwaltung in Lübeck lediglich um die Uebernahme einer Einrichtung handelt, die in anderen Staaten schon jahrelang erprobt ist und sich nach amtlichen Gutachten durchaus bewährt hat. Als ein solches Zeugnis für die Bewährung der kollegialen Schulleitung sei das Urteil des früheren preussischen Unterrichtsministers Dr. Becker angeführt: „Der Lehrer muß als freie Persönlichkeit losgelöst werden von dem Autoritäten. Das verbunden mit der kollegialen Schulleitung. Ich bin glücklich über die großen Erfolge, die auf diesem Gebiete zu verzeichnen sind.“ Vor allem aber erweist sich der Gesamtbericht der Lehrerkammer des Regierungsbezirks Wiesbaden als ein Gutachten über die Vorzüge der kollegialen Schulleitung, wie es wichtiger und geschlossener kaum gedacht werden kann. Von 98 Kollegien, die nach Ablauf der versuchsweisen Einführung der kollegialen Schulleitung amtl. zu berichten hatten, stellten sich 90 freudig auf den Boden der Selbstverwaltung, 7 enthielten sich der Stellungnahme und nur 1 Kollegium verhielt sich ablehnend. Ueber den hohen pädagogischen Wert der Selbstverwaltung sei nur ein Urteil von den Lehrern angeführt: „Indem die kollegiale Schulleitung unter Wahrung der notwendigen Einheitslichkeit der Unterrichtsarbeit dem Einzelnen die freie Entfaltung und Ausübung seiner Kräfte sichert, trägt sie wesentlich bei zur Erhöhung der Berufsfreudigkeit. Indem sie auf der andern Seite jedem Einzelnen verantwortl. macht für das Gelingen der gesamten Schule, ist sie geeignet, in jedem das rechte Pflichtbewußtsein, den rechten Gemeininn und Gemeingeist zu erwecken.“

Der Entwurf des Lübecker Lehrervereins über die Selbstverwaltung lehnt sich eng an die entsprechenden Gesetze in den beiden anderen Hansestädten an, weil in diesen Gebieten der Selbstverwaltungsgedanke am reinsten zum Ausdruck kommt. Das gilt besonders auch für die Wahl des Schulleiters durch das Kollegium, deren Notwendigkeit der Hamburger Senat seinerzeit folgendermaßen beurteilt hat: „Um die volle Entfaltung aller Kräfte zum Nutzen der Bildungsarbeit zu ermöglichen, ist bestimmt, daß der Schulleiter lediglich aus dem Vertrauen der Arbeitsgemeinschaft hervorgeht, der vorzustehen er berufen ist.“

Was die Elternbeiräte betrifft, so sind sie in den meisten Staaten eingeführt. Bei der Einführung der Elternbeiräte stützt sich der Lehrerverein auf die Gutachten der großen Lehrervereinigungen Hamburgs und Bremens. Er ist wie diese der Ansicht, daß durch die Teilnahme der Eltern an den Erziehungsbestrebungen der Schule erst der Boden geschaffen wird für ein erfolgreiches Zusammenwirken zwischen Schule und Haus als Erziehungsgemeinschaft und daß erst durch die gemeinsame Erziehungsarbeit an der Jugend zwischen Eltern und Lehrern das gegenseitige Verständnis und das unerlässliche Vertrauen herbeigeführt und ein tieferer Einblick in die Seele des Kindes ermöglicht werden kann. In seiner Meinung über die wertvolle Mitarbeit der Elternbeiräte wird der Lehrerverein gestützt durch die Erklärung des Unterrichtsministers Dr. Boelckh, daß die Einrichtung der Elternbeiräte sich auch in Preußen bewährt habe.

Mit beiden Gesetzentwürfen will der Lübecker Lehrerverein die zukunftsrichtige Erziehungsarbeit unter das zeitgemäße Prinzip der Selbstverantwortlichkeit aller Ausführenden stellen, beide finden daher auch für ihn ein in-aktlich unteilbares Ganzes. Er ist auch überzeugt, eben weil es sich um ein im heutigen Kulturstand keineswegs Postulat handelt, daß sie sich durchsetzen werden. Er glaubt, daß für Lübeck dieser Zeitpunkt erreicht ist.

Rakeburg und Lübeck.

Zur Vereinigungsfrage.

Die Landwirtschaft des Landes Rakeburg befißt, insofern die agrarischen Interessen im Lande sehr stark sind, keine Berufsvertretung, in der die Landwirtschaft eine geschlossene Vertretung ihrer Interessen nach außen findet. Eine Landwirtschafts-

kammer besteht für das Gebiet des Fürstentums Rakeburg nicht. Die Landwirtschaft ist bloß in einem landwirtschaftlichen Hauptverein zusammengeschlossen, der seinen Sitz in dem entfernt gelegenen und schwer zu erreichenden Neubrandenburg hat, um aus diesem Grunde für die Landwirtschaft des Landes Rakeburg nur eine geringere Bedeutung hat. Wie wichtig und wie nötig eine Berufsvertretung sein könnte, zeigt sich besonders in der Frage der Erhebung des Grundzinses. Eine auf geleitete Landwirtschaftskammer könnte sehr wohl ihren Einfluß mit Erfolg gegen eine einseitige Erhöhung des Grundzinses durch die Regierung einsetzen. Die jüngste Maßnahme der Regierung, die an Stelle des bisher üblichen Umlagepreises für die Entschädigung des Grundzinses die Entschädigung des Grundzinses zu % nach dem Höchstpreise fordert, ist ihr von der schlechten finanziellen Lage des Staates diktiert. Wer stützt die Landwirtschaft im Falle einer weiteren Verschlechterung der Finanzen von Mecklenburg-Strelitz vor einer weiteren Erhöhung des Grundzinses, der nur eine schwerere Steuer neben allen anderen außerdem erhobenen Steuern ist?

Bei einer Vereinigung des Landes Rakeburg mit Lübeck würde die Landwirtschaft ihre Vertretung in der gut gearbeiteten Landwirtschaftskammer in Lübeck finden. Die Dank der Größe ihres Bezirkes, auch dann noch ein individuelles Eingehen auf die Interessen des einzelnen Landwirtes zuließe, und da sie jederzeit in einem Tage für den Landwirt des Landes Rakeburg erreichbar ist, bemerken auch eine weitgehende Beratung und Unterstützung zuteil werden ließe.

Eine Folge der schlechten Finanzen des Landes Mecklenburg-Strelitz ist auch die Herabsetzung des Salzdeputates an die Glieder der Bevölkerung, die nicht Hausbesitzer sind. Ja, es geht sogar das Gerücht um, daß das Salzdeputat an die unbemittelte Bevölkerung ganz aufhören soll. Bei einer Vereinigung des Landes Rakeburg mit Lübeck ließe sich die Vereinbarung treffen, daß das Salzdeputat für eine bestimmte Reihe von Jahren unverändert weiter geliefert wird. Gemäß einer großen Erleichterung für die notleidende, unbemittelte Bevölkerung!

An die Bevölkerung Lübecks!

Helft den notleidenden Alten! Die Sammlungen der „Altershilfe“ sind in vollem Gange. Alle Vergnügungstätten unserer Stadt stellen sich mit in den Dienst der „Altershilfe“. Von Freitag, dem 24. an bis Montag, dem 27. ds. Mts. erheben alle Lichtspieltheater Lübecks 50 Pfennig Zuschlag; Stadttheater, Operntheater und die Kabarets je 1 Mark Zuschlag zu den Eintrittsgeldern, der Feuerfest bleibt und reißlos der „Altershilfe“ zuzuführen wird. „Fledermaus“, „E. S. B. Diele“ und „Opera“ werden außerdem an je einem Tage bis Monatsende ihre gesamte Einnahme an Eintrittsgeldern der „Altershilfe“ zur Verfügung stellen. Wir nehmen an, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um das Publikum zu unterrichten. Die Leser werden gebeten, auf die Theater- und Kinobesucher einzuwirken, daß sie sich an den genannten drei Tagen nicht an dem kleinen Zuschlag auf das Eintrittsgeld stoßen. Im Gegenteil, weil sie mit ihrem Besuch ein gutes Werk tun und ihre alten verbrauchten Großeltern, Tanten und Volksgenossen unterstützen und vor dem Hungertode bewahren können, müssen an diesen Tagen mehr Einwohner als sonst die genannten Stätten besuchen. Die größte Not herrscht in den Stiften. Die alten Mütterchen, die dort ein Asyl vor des Lebens Sturm und Wein gefunden zu haben glaubten, müssen in diesen teuren Zeiten ganz außerordentlich dazubekommen. Ihnen gilt es zu helfen. Geht alle! Ihr Geld doppelt, wenn Ihr von Freitag bis Sonntag die Theater oder Kinos besucht. Auch die Ammer- und Kaffeehäuser werden an diesen drei Tagen für den Besuch einen kleinen Obolus erheben, der reißlos für die Alten gegeben wird. Macht das überall bekannt. Jeder stelle sich in den Dienst unserer guten Sache. Das städtische Orchester wird am Dienstag, dem 28. ds. Mts. ein Wagnerkonzert unter Mitwirkung von Sängern des Stadttheaters, im Gewerkschaftshause am Westen der Altershilfe geben.

Der Arbeitsausschuß der „Lübecker Altershilfe“.

Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

15. Fortsetzung.
Der Geistliche stützte sich wohl, einzuwenden, daß im gegenwärtigen Falle, wenn nämlich der Vater dem Sohn seinen gewöhnlichen Vermögensanteil zukommen ließe, von einer „Lampenfäule“ doch nicht die Rede sein könnte. Er mußte, daß den Erzählten nicht mehr verdrießt, als wenn man ihm den Grund seiner Klage verflümmert will, und schweig daher nachdenklich stille. Endlich sagte er: „Vielleicht geht diese Sache doch noch besser aus, als Ihr denkt.“ — „Wie so?“ fragte der Angerbauer. — „Die Annemarie“, verlegte der Pfarrer, indem er den andern schief ansah, „ist vor einigen Tagen bei mir gewesen, extra um mir zu sagen, daß sie nicht schuld sein wolle an der Uneinigkeit einer solchen Familie wie die Curige, und daß sie zu viel auf sich selber halte, um sich da aufzudrängen, wo man sie nicht haben wollte. Sie habe sich entschlossen, dem Ludwig sein Verpächter zurückzugeben, und wolle sich in keiner Art dazwischenlegen, wenn er sein Glück mit einer andern finde.“

Der Angerbauer horchte hoch auf und wußte nicht, was er sagen sollte. Er fragte dann in zweifelndem Tone: „Hat sie das wirklich zu Ihnen gesagt?“ — Der Pfarrer erwiderte mit einem Ernst und einem Nachdruck, der jeden Zweifel niederlag. „Es sind ihre eigenen Worte, Angerbauer! Sie hat mir versprochen, das Nämliche Eurem Ludwig zu schreiben, und ich verbürge mich dafür, daß es geschehen wird.“

Der Bauer verstumte; er war in der Seele getroffen. Ein im Grunde keines Wesens ehrenwerter Mann, der in der Tat jedem das Seine gab, konnte ihn nur der Jörn und der tiefe Verdruß zu ungerechtem Widerspruch hinziehen. Nun mußte er sehen, daß ein Mädchen, die er eine heuchlerische, gefährliche Person gehalten, brav und rechtschaffen, ja weit über alles Erwarteten rechtschaffen gegen ihn handelte. Es zeugte für seine gute Natur, daß ihn diese Nachricht mehr rührte als erreute. Aber er jagte kein Unrecht süßte und seiner kalten Seele eine gewisse Achtung vor einem solchen Benehmen abgedrängt wurde. Endlich sagte er mit sehr ernsthaftem Gesicht: „Wenn sie das getan hat, dann ist sie besser, als ich gedacht habe. Sie mag ein ordentliches Mädchen sein, ich will's nicht bestreiten.“

„Man muß jedem Mann Gerechtigkeit widerfahren lassen“, verlegte der Geistliche. „Die Annemarie ist brav, geschickt, verständig, wackerzogen, und würde jeden glücklich machen.“ — „Von Ihrem Stande!“ fiel der Bauer ein. — „Das ist's, was ich sagen will“, erwiderte der Pfarrer; „wenn die äußeren Verhältnisse zustimmen.“ — „Gut“, sagte der Bauer. „Bei meinem Ludwig ist das aber nicht der Fall, drum kann hier von einer Heirat nie die Rede sein.“

Der alte Herr schwieg. Dann fragte er leichthin: „Wie soll's nun mit Ludwig werden? Was habt Ihr beschlossen?“ — Der Bauer konnte sich nicht enthalten, aufzufahren. „Beschließen?“ rief er. „Ich glaube, da ist nichts zu beschließen, Herr Pfarrer. Dieser Mensch muß bleiben, wo er will, und gehen, wohin er will! Soll ich ihn nachlaufen? Soll ich ihn vielleicht bitten, daß er wiederkommen und die Zimmermannstochter heiraten soll? Soll ich nachgeben, der Vater dem Sohn?“

„Nein“, erwiderte der Pfarrer mit Ernst, „das sollt Ihr nicht, Angerbauer! Er muß nachgeben, er muß wiederkommen und dem Vater das Recht lassen, das ihm gebührt.“ — „Freut mich“, verlegte der Bauer, „daß Sie so denken, Herr Pfarrer. So ein neugieriger Herr hätte vielleicht gemeint, ich sollte meinem Lüben seinen Willen lassen; warum? weil die Leute ineinander verliebt sind und die Annemarie doch ein ordentliches Mädchen ist. Aber Sie kennen die Welt, Herr Pfarrer. Sie wissen, daß es beim Heiraten noch auf andere Dinge ankommt, und daß der Vater für den Sohn denken und Berstand haben muß.“ — Nach diesen Worten lächelte er die Altaastapen, an welcher der sonst wertvolle Hals etwas rüchig geworden war, und fragte: „Kann ich Ihnen sonst noch was dienen?“ — „Nein“, verlegte der alte Herr, „ich danke Euch für Eure Gefälligkeit.“ — „So wünscht ich Ihnen guten Nachmittags“, sagte der Bauer und entfernte sich mit langsam würdigen Schritten.

Das Gemäch hatte teils in Stille, teils in dem heimlichen, mit einer Mauer umgebenen Pfarrhof stattgefunden. Der alte Herr ging in seine Studierstube zurück, mit der Unterredung sehr zufrieden. Er hatte des Bauern Vertrauen gewonnen und meinte, daß dieser nun unter schwierigen Umständen ihn vor selber um Rat ansetzen würde. Dann hatte er mit der Nachricht über Annemarie einen Reim in seine Seele gefasst, der machen und gute Früchte bringen konnte. Er sah voraus, daß der Angerbauer seinem Reich und seinen nächsten Verwandten davon sagen würde, und daß diese, die sich auf ihr Geld und ihr Ansehen etwas mehr einbildeten, als recht war, in Annemarie ein ihnen ebenbürtiges Gemüt erkennen mußten. Auf die modernen Leute würde die Rechtschaffenheit, die die Holzen das Selbstgefühl des Mädchens einen günstigen Eindruck machen.

Als er solchen Gedanken hingenah, befaßlich auf seinem Federstuhl sich beehrte, kitzelte plötzlich sein Entel in die Studierstube. Dieser hatte schon erfahren, daß Annemarie bei seinem Großvater geweilt, aber nichts Bestimmtes über die Unterredung aus ihm herausbringen konnte. Nun sah er auf dem Heimwege von einem Spaziergange den Angerbauer aus dem Pfarrhofe kommen und schaute aus seinen Miene auf eine Entscheidung, ja auf eine glückliche Beilegung des Streites schließen zu können. Vor dem Vater und aufwärtiger Teilnahme oektrieb, eilte er zu dem Großvater und rief aus: „Der Angerbauer ist bei dir gewesen und ganz zufrieden fortgegangen. Ich bin ihm begegnet. — Hast du ihn hergebracht?“ — „Wie so?“ fragte der Alte. —

„Will er den Ludwig zurückrufen und ihn die Annemarie heiraten lassen?“ — „Ei, ei“, erwiderte der Alte heiser, „du hast dich also ganz auf diese Seite geschlagen und willst aus Ludwig und Annemarie durchaus ein Paar machen?“ — „Ja“, verlegte der Jüngling bestimmt, „das will ich. Die zwei sind nicht nur die Schönsten im Dorf, sondern auch die Bravsten. Sie passen so zusammen, als ob sie extra füreinander geschaffen wären, und es kann nicht sein, daß sie je wegen einer so gemeinen Sache, als das Geld ist, nicht zusammenkommen sollen!“ — „Du gehst rasch und machst die Sache kurz ab“, erwiderte der alte Herr. „Wenn der Angerbauer aber nicht will?“ — „Der muß“, entschied der Jüngling. — „Wer wird ihn zwingen?“ fragte der Alte. „Willst du vielleicht zum Gericht gehen, einen Befehl auswirken, daß der Angerbauer sich fügen müsse, und die Sache mit Gendarmen abmachen?“

Theodor, der die heiter fragende Miene des Großvaters nicht aushalten konnte, sah zu Boden. „Ich habe gemeint“, sagte er dann, „du würdest einmal mit ihm reden, wie sich's gehört, würdest ihm klar machen, daß die weltlichen Vorzüge viel höher stehen als die weltlichen, würdest ihn überzeugen und ihn zwingen durch einen Aufspruch.“ — „Der alte Angerbauer“, erwiderte der Pfarrer, „ist ein trotziges und zähes Metalle; das höchste Feuer, das ich noch besäße, würde ihn nicht zum Schmelzen bringen. Du siehst ja, ich bin alt und teilnahmslos geworden und kann mich einer so schönen Glat, wie du sie hast, nicht mehr rühmen. Wie wär's — fuhr er mit einem Ernst fort, der seine Laune keineswegs verhorren ließe — „wenn du der Sache dich annähmst? Du willst ein Pfarrer werden und wirst als solcher gewiß gar vieles geschickter anfangen und besser hinausführen als ich. Wenn du beim Angerbauer dein erstes Probierstück machtest? Wenn du hineinsetzt, ihm und der Bäuerin eine Rede hieltest über das Verhältnis der weltlichen und zeitlichen Güter und ihn durch begeisterte Worte dermaßen ins Feuer brädest, daß er den Ludwig zurückriefe und ihm sein Liebchen zur Frau gäbe?“ — „Wie?“

Theodor wurde rot und schwieg. Er hatte den Riesen Bauer vom Schlage des 17. Rede stehenden doch schon zu gut kennen gelernt, um nicht ihm gegenüber seine Unzulänglichkeit zu empfinden und sich zu wehren, daß ein solcher Versuch schmachvoll scheitern würde. Nach denklicher erkannte er freilich, wie kein Großvater mit ihm spielte. Er sagte endlich mit entmutigter Empfindlichkeit: „Du hast mich zum besten und behandelst mich wie ein Kind; und doch bin ich kein Kind mehr, sondern ein Mensch, der's aut meint und haben will, daß es anders nicht geht, wenn sie's verdienen.“ — Der Pfarrer sah ihn freundlich an, stand auf, zog ihn zu sich und schloß ihn mit zärtlicher Liebe in seine Arme. „Du bist ein Kind“, sagte er, „aber ein gutes Kind, und mit Gottes Hilfe wirst du auch ein guter Mann werden. Gib dich zufrieden. Wenn es deinem alten Großvater möglich wird, sollst du deine Wünsche noch erfüllt sehen.“ (Fortsetzung folgt.)

Universitätswoche.

Der Bau des Atoms.

Vortrag von Professor Dr. Kossel.

Dieser Vortrag fiel insofern aus der Reihe der Vorlesungen heraus, als er nur für ganz wenige Hörer, die fachwissenschaftlich vorgebildet sind, letzten Endes die Bedeutung haben konnte, die dem Gegenstande zukommt; für die Hunderte von Zuhörern, die vor dem Thema oder — vom guten Ton, zu dem solcher Kollegeludum für größere Kreise zu gehören scheint, in der Aula des Johannesums am Montag nachmittags zusammengeführt wurden, hat sicherlich nur ein ganz verschwindend kleiner Teil die chemischen fachwissenschaftlichen Ausführungen Prof. Kossels restlos verarbeitet können. Der Vortrag besagte etwa folgendes:

Die letzten Jahrzehnte haben der Naturwissenschaft große Fortschritte auf dem Gebiete der Atomistik gebracht. Bekanntlich haben schon die Griechen den Gedanken gefaßt, alle Körper seien aus gleichartigen kleinsten Teilchen aufgebaut. Vor etwas mehr als hundert Jahren übernahm die Naturwissenschaft diesen Gedanken zu dauerndem Gebrauch, indem sie jedem chemischen Element eine bestimmte Art kleinster Teilchen zuschrieb. Mit Hilfe dieser „chemischen Atome“ kann man die chemischen Vorgänge ausgezeichnet darstellen. Es findet sich aber, daß bei Vorgängen, die noch energiereicher auf die Materie einwirken, als die chemischen, — etwa die elektrischen Entladungen —, noch kleinere Teile aus den chemischen Atomen abgeprengt werden können, und diese Teilchen sind nicht mehr von Element zu Element verschieden, sondern stets derselben Art. Sie tragen immer eine bestimmte negative Ladung. Man nennt diese Elektrizitätsatome, die ein Baustein aller Materie sind, Elektronen. Man konnte das Atominnere näher erforschen, indem man mit solchen Teilchen hindurchschloß. Innerer Elektronen, die in weiten Abständen von einander verteilt sind, fand sich noch ein winziger positiver Bestandteil, der die gesamte Masse des Atoms enthält und Atomkern genannt wurde. Er ist der Sitz der radioaktiven Erscheinungen, die manche Atome zeigen, während die um ihn verteilten Elektronen die Lichtabstrahlung, Röntgenstrahlung und die chemischen Funktionen des Atoms besorgen. Da der Kern

der schwereren Elemente selbst wieder aus Kernen des leichtesten Elements, des Wasserstoffs, und Elektronen aufgebaut zu sein scheint, darf man heute mit gutem Grund annehmen, daß alle Materie letzten Endes aus zwei entgegengesetzt geladenen kleinsten Teilchen, dem Elektron und dem Wasserstoffkern zusammengesetzt ist. Die Gesetze, nach denen sie zusammengehalten, bieten noch große Aufgaben, — der Grundgedanke der Atomistik aber hat sich aufs Beste bewährt.

Die deutschen Ausgrabungen in Babylonien.

Vortrag von Professor Dr. Prinz.

Im Gegensatz zu der sehr fachwissenschaftlichen Vortragsart des Nachmittagsredners bediente sich Prof. Prinz, der vier Jahre (bis zum Beginn des Weltkrieges) zu Ausgrabungen in Babylonien geweiht hat, mit gutem Erfolge einer gemeinverständlichen Vortragsart. Ausgehend von den kulturhistorischen Fragen Babylonien, von Land und Leuten, führte der Vortragende die Ergebnisse der Forschungen an der Hand von Lichtbildern vor.

Seit dem Jahre 1899 bis in den Weltkrieg hinein hat die Deutsche Orientgesellschaft in Babylonien Ausgrabungen gemacht, die ersten streng wissenschaftlichen überhaupt. Die Resultate dieser Ausgrabungen waren in erster Linie topographischer und architektonischer Natur. Das Stadtbild wurde gegenüber der Uebertreibungen griechischer Historiker (Herodot u. a.) in seiner Größe (12 qkm) richtig gestellt. Die Palastruine Nebukadnezars, die Reste des Turmes von Babel, der Markttempel, viele Privathäuser, Kanäle und anderes wurden ausgegraben und damit die babylonische Architektur festgestellt. Vor diesen Betrachtungen und im Anschluß an sie gab der Vortragende ein Bild des Landes einst und jetzt, der alten Bevölkerung (Sumerer und Semiten), von denen die Sumerer, eine noch nicht einzuordnende Rasse, die eigentlichen Schöpfer der babylonischen Kultur waren, der sozialen Verhältnisse, der babylonischen Kunst in ihren verschiedenen Formen (Mundplastik, Relief, Siegelzylinder).

Das Seeamt verhandelte am Montag über den Verlußt des Lübecker Fischdampfers „Privali“, Kapitän Wellm. Das Schiff gehörte der Hochseefischer-Aktien-Gesellschaft „Trade“ und war erst vor kurzem neu erbaut. Am 12. Januar fuhr es aus dem hiesigen Hafen, um bei Island zu fischen. Am 28. Januar geriet das Fahrzeug bei Inghelshöfte auf Strand. Der Kapitän hatte in der Nacht, als die Strandung erfolgte, dem ersten Steuermann B. die Waage übergeben mit der Weisung, den Dampfer langsam OSD. lassen zu lassen. Dieser Kurs wurde aber nicht eingehalten und so kam es, daß das Schiff morgens festlag. Der Reichskommissar betonte n. a., der Steuermann hätte ohne Zustimmung des Kapitäns den Kurs nicht ändern dürfen. Er beantragte, ihm kein Patent als Schiffer auf kleine Fahrten zu entziehen. Das Seeamt schloß sich in seinem Urteilspruch der Ansicht des Reichskommissars an und entzog dem Steuermann das Patent.

Neues Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe. Nach viertägigen Verhandlungen kam es in Berlin zu einem neuen kurzfristigen Lohnabkommen, wonach die bisherigen Lohnsätze vom 27. März ab in Höhe von 17 1/2 Prozent Lohnzuschlag, wozu Lübeck gehört, um 151 Mark in Lohnklasse C (Verheiratete) und 145 Mark für Ledige erhöht werden. Das neue Lohnabkommen gilt vorläufig nur für den Monat April. Es wurde bereits eine neue Lohnkommission beauftragt, die am 25. April zusammentritt, um über den Fortbestand oder zeitgemäße Abänderung des jetzigen Abkommens zu beraten und tarifverbindlich zu entscheiden.

Weitere Beschlüsse für die Volkshochschule. Der Verwaltungsausschuß der Lübecker Volkshochschule hat gebeten, ihm auf den für den Betrieb der Schule im Geschäftsjahr 1921 bemittelten Staatszuschuß von 45 000 Mk. die Summe von 26 207,70 Mk. nachzubewilligen. Zur Begründung seiner Bitte hat der Ausschuß dargelegt, daß die Ausgaben trotz parastatischer Wirtschaft gestiegen seien. Der Verlußt durch Erhöhung der Hörergebühren auf 20 Mark einen Ausgleich zu schaffen, müsse als gescheitert angesehen werden, da diese Maßnahme lediglich bemerkt habe, daß ein großer Teil der Hörerschaft sich von der Volkshochschule abgemeldet habe. Die Folge hiervon sei gewesen, daß ein Hörergebühren statt der veranschlagten 105 875 Mk. nur 64 271 Mk. eingegangen seien. Die Mehrforderung des Verwaltungsausschusses sieht sich wie folgt zusammen: Erforderlich sind einmal 9207,70 Mk., und zwar zur Aufbesserung des Gehaltes des Geschäftsführers der Schule mit Wirkung vom 1. April 1921 ab. Die Aufbesserung läßt sich mit Rücksicht darauf, daß die Gehälter der Beamten und Angestellten erhöht worden sind, nicht umgehen. Ferner ist die Anschaffung einer Schreibmaschine notwendig, die zu einem Preise von 3000 Mark geliefert werden kann. Endlich muß im Hinblick auf die Steigerung der Preise für Heizungsmaterial, Beleuchtung, Druckkosten und Inkasate sowie infolge der Erhöhung der Volkshochschulgebühren mit einer Mehraufwendung von rund 14 000 Mark gerechnet werden. Es sind hiernach insgesamt nachzubewilligen 26 207,70 Mark. Der Senat stellt einen Antrag auf Bewilligung dieser Mittel zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Feuerungsbefreiung durch das Wohlfahrtsamt. Der Rest der vom Wohlfahrtsamt gekauften Feuerung wird in dieser Woche abgeföhrt. Die Besieger tun also gut, dafür zu sorgen, daß der Fuhrmann nicht vor die verschlossene Tür kommt. Auch die ab Lager gekauften Mengen können abgeholt werden und zwar bei der Firma Kohlenamt auf der Wallhalbinsel auch vorwiegend von 9-12 Uhr von heute an. Soweit die Scheine auf die übrigen Firmen lauten, kann dort spätestens von Donnerstag an die Feuerung abgeholt werden.

Dringende Bitte nach dem Auslande. Vom 1. April an werden im Verkehr mit der Schweiz Postfrachtküden für dringenden Beförderung auf der ganzen Strecke (vom Aufgabort bis zum Bestimmungsort) zugelassen. An Gebirgen werden von diesem Tage an sowohl im Verkehr mit der Schweiz wie nach den übrigen Ländern, nach denen dringende Postfrachtküden zugelassen sind (das sind Dänemark, Dänemark, Dänemark, Dänemark, Dänemark, Dänemark), neben der deutschen dreifachen Gewichtsgebühr die den fremden Verwaltungen zu vergütenden Gewichtsgewährungen ebenfalls in dreifacher Höhe — der etwaige Sperrzuschlag jedoch nur einfach — und, abgesehen von postlagernden Paketen, die Einkaufspreise erhoben.

Von der Schiffahrt. Noch nicht aus dem Eise befreit. Laut Vittermeldungen aus Sterin sind die deutschen Dampfer, die im Rigaer Meerbusen im Eis eingeschlossen sind, immer noch nicht befreit. Der kleine deutsche Kreuzer „Victoria“ hat infolge Beschädigungen seinen Vorstoß in das Eisfeld einstellen müssen. Auch dem Schoner „Larva“ ist es wegen der Dicke des Eises nicht gelungen, die Dampfer zu erreichen. Die Marineleitung wird wahrscheinlich das Urauschiff „Gannet“ nach dem

Rigaer Meerbusen entsenden. Im Eis eingeschlossen sind noch die Hamburger Dampfer „Wilhelm Ruk“, „Martha Ruk“, „Rudolf“ und der Stettiner Dampfer „Albis“. Eine Gefahr ist für die Schiffe nicht unmittelbar vorhanden.

wh. Stadthallen-Vorfälle. Der Hauptfilm „Hinterzettel“, der sich diese Woche auf dem Spielplan befindet, ist ein erstklassiges Erzeugnis der Ufa-Gesellschaft. Karl Mayer hat es verfaßt, Leopold Lehner die Regie geführt, Paul Vens besorgt die Inszenierung. Der Film hat nur drei handelnde Personen. Die Magd: Seny Worten, den Handwerker: Franz Dietzle und den Postboten: Fritz Korner. Der Inhalt gibt die Tragödie eines Dienstmädchens, das in einen jungen Handwerker verliebt ist, der eines Abends aber nicht zum Stillstande erscheint, weil er vom Bau gestürzt ist und bestirntungslos im Krankenhaus liegt. Schon längst hatte er die Eifersucht eines über dem Hofe im Keller wohnenden, schüchternen und kahlköpfigen Postboten wahrnehmen, der wahrscheinlich in das Dienstmädchen verliebt ist, ihr aber kein Gehändnis zu machen wagt, bis sie selbst zu ihm kommt. Dann kehrt der andere zurück. Die Männer geraten aneinander und der Postbote erschlägt seinen Nebenbuhler, während das Mädchen von ihrer Herrschaft in ihrer Seelennot nicht verlassen, sich vom Dach auf das Pflaster stürzt. Die Handlung ist nun rein menschlicher Teilnahme erfüllt. Seny Worten gibt sich schlicht, innig, natürlich und von einer gewissen Seelenstärke. Auch Dietzle war menschlich und glaubwürdig, was man von Korner nicht sagen kann. Für den noch russischen Künstler hervorragende geistigen zweiten Film: „Ich hatte ihn so lieb“ ist der Titel völlig nichtseugend. „Atropiens Schredensnacht“ erzielte Geiterkeit.

Hinweise auf Verammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Am Donnerstag zum ersten Male das Glashüttenmärchen „Ach Bippa tonk“ von Gerhardt Hauptmann. — Am Freitag wird zum ersten Male: „Der Barbier von Bagdad“ gegeben. Die Dinetrolle singt Herr Peter Hürriegel.

Samia-Theater. Heute, Mittwoch, findet eine geschlossene Vorstellung statt. Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Prinzessin

Ola!“, Freitag 7 1/2 Uhr: zum ersten Male: „Das Jungfernstück“, Operette in 4 Akten von Gilbert, die Sonntag wiederholt wird.

Angrenzende Gebiete.

Altona. 74 Millionen für den Fischereihafen. Der Kostenanschlag für den Fischereihafen schließt mit 74 Millionen Mark ab, von denen 65 Millionen für den jetzt geplanten Ausbau gebraucht werden. Die Restarbeiten können erst nach dem Abbruch mehrerer Häuser vorgenommen werden. Die Arbeiten sind bereits zum Teil fertiggestellt.

Hensburg. Eine Fähr nach der Insel Röm. Der Verkehrsminister hat vorgeschlagen, eine Verbindung zwischen dem nordfriesischen Festland und der Insel Röm durch eine Fähr herzustellen. Es ist ein Projekt ausgearbeitet, dessen Ausführung 121 000 Kronen beansprucht.

Hensburg. Freisprechung und Schutz des § 193. Vor dem Hensburger Schöffengericht stand der verantwortliche Redakteur der „Hensburger Volkszeitung“, Genosse Cunow, als Angeklagter. Ihm wurde zur Last gelegt, in einem Artikel, überschrieben: „Unverträgliche Zustände bei der hiesigen Polizei“, in der „Hensburger Volkszeitung“ vom 15. Oktober 1921 die Beamten der Schutzpolizei beleidigt und Ausführungen gemacht zu haben, die die Schutzpolizei verächtlich zu machen geeignet waren und die Beamten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. In dem Artikel waren dem Redakteur Cunow bekanntgewordene, Uebeltünde bei der Schutzpolizei kritisiert. Die Gemeisamwahrnehmung des Ergebnisses, daß die Aussagen der als Zeugen geladenen Beamten nur auf recht schwachen Füßen standen, zum Teil sogar als „unwahrscheinlich“ erschienen. Trotzdem hielt der Amtsanwalt den Wahrheitsbeweis für erbracht und beantragte eine Geldstrafe von 1000 Mark. Der Angeklagte führte in seiner Verteidigung an, daß die Aussagen der Beamten doch sehr unsicher seien. Er beantragte, ihm den Schutz des § 193 zu gewähren und ihm zu glauben, daß er nicht die Absicht einer Beleidigung gehabt habe, sondern er vorliegende Missstände befeitigen wollte. Er beantragte daher Freisprechung. Nach längerer Beratung wurde das Urteil verkündet. Es lautete: Das Gericht hat in sei-

Warum Jonni Goodmann to See weg full.

Aus dem Lustigen Wörddogel, herausgegeben von John Brinkmann, verlegt bei M. Clogau in Hamburg.

Badder Goodmann wär'n oken Friedigen Hamburger Habenacker. Paul im alle Sohn wär Produkt war'n an bannig hoch an Bildung. Frieda, de Tochter, fett an'n Schriemackin in'n oken Kormannshaus. Of se wär'n hochmäßig an eitel Ding. Ral Knecht beleem de ole Mann nich an ha beiden Oeffen, de se schanden, an gemöhnlichen Habenacker tun Badder to hebben. Aber sin Jonni, de jennig, ha wör'n an Ogangel, sin cenzigst biiden Jreud, wat he in de Welt hat. Jonni wull gern to See, aber de Ole wull em nich lassen, wann se noch nich oken em treuen. Datum fett he an Anbitter un'n Habenacker. Sii hat de ole Mann von sin Broddorra de Künigshagen beeden, he wör jem to old and kies woren, and dat drup em jwar. Sin beiden Oeffen wull he nich op de Tolsch sigen, un non dat biiden Rentie sin he nich leben.

Badder Goodmann wurr deng alkeen in sin Wohnung. Mit grote Schred gang he in de Röl op un dal. De Mann har he op'n Räden leest un den Roon dees op de See kalen Losen, as wurr he to liden von all de duffern Gebanten, de dorbin'n rum wechtern.

Wemmer op un dal gang de ole Mann, want Jinter dit an de Einbender, un non dor wedder tolich. So dall he of no-greubela de, war mit em un wär'n full, he wucht dat nich. He har un leet Arbeit mehr un wo full he of wull wed wedderkriega? So licht wurr dat nich? De ole Kormannshaus har of noch een Wort wittomaten. He weel un liden den ole Kormannshaus an Habenacker in alle Krafen. Sii mol wedder for een Törn kunn mellen, dat wull he nich. Dat wär denn all ton drüitmal in die Jogh. In de Kassewacht wull sich mit em optohele, har em se wul den Jannsch'n an Jrieden verhoeben, oder halpen harz dat nig.

„Jo, jo“, K Badder Goodmann is si selbst, „denn helpi dai nich, denn man de Röl in'n legien haben mosen.“

„Oder dar jor he jwonen. Der kann wat de Troep rop heiten, der wurr he Jonni; an den harz he in düssen Ogangel hall he nich wucht. Sii fall ai denn Litten woren, wenn he nich wucht an old wurr? Oder chert sin Joug in de Dör kunn, wucht he dai of dal.“

„Achard, Oll“, Ral Jonni em ar, as he in de Röl kunn. „Ja, Jonni, wurr wurr der? Resend all!“

„Herr, Herr an See, Oll?“ Jreug Jonni. „He un se of wucht.“

„Jog jem man fümmer loonen“ reen he non dor ut. „Mudder heff id of eben droppen. So heff id de Strot un Röhnt mit een haben Kormannshaus. Je heff eht froal, op id eht nich leeber en Siohl dörbring'n full, aber dar wull se nig non weeten.“

„Se kunn wedder in de Röl.“ „Du, Oll, heff of nich vergeeten, min Döben to siddern?“

„O jo nich, Jonni,“ sah Badder Goodmann. „Ober de hebbt id all wedder bannig beeten. De ganze Röhn liggat wull Jeddern.“

„Is rein nich mevalich,“ de söhnt sid wull nig beeter verdregen as id mit min Swester un Broder, wat? Ober, Oll, kief mol, wat id all wedder for een jreines Stück Holt Rieht heff!“

„Se kunn non Vorplag un kunn mit een Stück Holt anleenen, dai bald mol se arst as he selber weur.“ „Jen, wat Oll? Dat loag id uns Mudder twei, der kann he Mondag ehtn Ralshooll mit beeten. Wull id man morgen Komiddag op'n Röhn don, wenn de hoge Kelen an Bord is. De anner meen so hüt morgen, id bliamier em, jon Wanfosen, wat?“

„Wo heff den Hooien Rieht, Jonni?“

„Si de Lernungsbrüggen. Oll, mank de Tollbarfassen. Sitt dai Os mi ober of een barg Arbeit molk, oha!“

„Jonni, Jonni, fall man dloß nich mol dorbi to Roter.“

„Och, dai fall nig seggen, id kann jo jwommen.“ Iach Jonni un heff dat Holt an'n Herd hen; dor full dai dreuen. „Du, Oll, dait heff id bannig upfiori, ober weest dai all? Sünd of all een berg Schep optomer. For Keimann alkeen twee; dann heff Mondag wedder Schangas.“

„Id nich mehr, Jonni, id heff Jiedobend kregen!“

„Rai, bi hebbi se ruzmeeten? Worum dai denn?“

„Ja, Jonni, id bin jem all to old un to Rief worn bi de Arbeit!“

„Och, denn lo! jem man den Schiel alkeen mosen.“ He kunn non sin Redder un harz wie he de beiden Harn' in de Büzen-jischen freeten. Reid loeten sid an.

„Ja, Jonni, dai heff du wull. Ober id krieg man so licht keen Arbeit wedder, un denn wurd dai hier for uns heid man Rieht alkeen. Denn wenn Paul mol een Liedlang bitt'n mehr wütraden fall, denn glüwot he jo wunners, wat he sid erlauben deff!“

„Och, de ole Giezstümpel, de bitt sid jo icinmal ehter de Jinger ar.“ „Ja, Oll, denn helpi dai nich, denn must id ran ann' Sped!“

„Ja, wat wullst bu dorbi don, du lütte Schiefbüdel.“

magst du doch to gern, wat? Man to, Oll! Un allus, wat id an Jüer un Prozente krieg, dai leeg id uns Mudder hier op'm Dösch.“

„Sien Badder harz em de Hand of de Schuller leggt un keel em deep in de Ogen. „Mien lütte Jung,“ sah he, „mien lütte Jung!“ — Ober do hol he eenmol, dees Luft un si: „Jo, Jonni, id heff mi dat ers oberleegt, iher du an Bord kunnst.“ „Jo, Jonni, du seft nu to See! Ober nich op son Fischewer, saft een grottes Schijn unner de Jeut hebben.“

„Jonni kunn rein ut de Tüt. He krees sin Badder bi de Arms to jolen un rüttelt und schüddel den oln Mann as nig gods ni hiter freid. „Gall id würllich weg, Oll?“

„Jo, Jonni, dai seft du!“ Badder Goodmann meuf sid los non em un gung not Sofa hen, wo he sid swör op dolsalln leet.

„Jonni schien gor nich to marken, wat mit sin Badder los weur. As sin Indioner dang un sprung he dorch de Röl mit sin swörn Siebel, dai dai Geschirt up de Börder Klöttern da.“

„Id soll to See, id fall to See, hurro, hurro!“ Jung he, „Mittlung heff id jo all, allus, wat sin muti: Eultich, wull'n Nemmetich, Seefiebel, Büzen genog un wull'n Strümp mehr as Riefflich; een diden Troper ton Oebertreden heff id of. Mien Duben ver-kümp id gau, dor kann id all 'ne Matrak un een Koffak for kriegten. Ja, harz id man ers een Schipp!“

„Mien Seckst kannst of kriegten, Jonni, de mol id di morgen all in de Keeg. In for een Schipp wull id wull forgen, du kunnst mit de Welfheid weg, den Kaptein kenn id, he heet Max Bruhns.“

„Wat, mit de Welfheid? Du meenst doch den Beermafsbar, mai?“ De is gesteren bi Stillken ut 'n Dof tomen un liggat nu an'n Ameritafai.“

„Beet id, Jonni, kannst mi morgen mol röberjetten, wull mol mit Max Bruhns snaden. Wi wulln bei de Stürmannshooll beufen; he heff dai jo of don, ober id blew an Land un bin Schurmann worn!“

„Jo, dai harzt man dohn fullt, denn weuflt nu of vielleicht Kaptein“, meen Jonni un fett sid op de Kofhstiff.

„Dai harz angohn kunnst, Jonni, ober dien Mudder moll dor ntz non weeten, se wull jo heitoten.“

„Ja, dai kann id nich begriepen, Oll, dai du dai dohn heff. Wat harz wie beiden uns nu sein stohn, wenn du nich heirat harzt!“ meen Jonni.

„Du Schopskopp“, sa sin Badder, „denn seets du doft nu nich dor up de Kofhstiff.“

„Och jo, dai is jo of woch; dor heff id noch gornich ober no-dacht; ober, Oll, heur mol, wenn Kaptein Bruhns mi man mit-nehmen beit, id bin ja man doch een bitt'n lütt, ober een Schief-büdel bin id ers recht nich. Wi fall mol eenen tomen, de mi verhöfpen wull, de mutt ers mol Kap Horn in sien Mudder ihr Ralshoollje unweilt hebben.“

„Jo, Jonni, nehmen ward he bi. Dai deit he mi all to Ge-fallen.“

Überwiegenden Mehrheit dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zubilligt. Die Absicht einer Beleidigung könne es in dem Artikel nicht erblicken. Es muß daher auf Freisprechung erkannt werden.

Gülfrow. Selbstmord verübte der Leiter der hiesigen Niederlassung der Mecklenburgischen Depots und Wechselbank, nachdem eine Kassenprüfung einen Fehlbetrag von über vier Millionen Mark ergeben hat. Unvorsichtige Kreditgewährung an einen inzwischen bankrott gewordenen Großgrundbesitzer hatte den Beamten zu Buchfälschungen veranlaßt, die schließlich nicht mehr zu verschleiern waren.

Gadebusch. Nach Gewicht. Kürzlich verkaufte ein Landwirt aus der weiteren Umgegend ein Pferd für 20 000 Mark, die ihm vom Käufer in 50-Mark-Scheinen ausgezahlt wurden. Beim Anblick dieses Hausens Papiergeld rief der Verkäufer verzweifelt aus: „Wat soll ic blot mit dat wäle Papiergeld maken; tau Sus bew ic all läben Pund davon!“

Wilhelmshaven. Marineangehörige als Straßenträuber. In Wilhelmshaven verübten drei Matrosen der Reichsmarine einen schweren Raub. Die drei Marineangehörigen hatten in einer Gastwirtschaft beobachtet, daß ein Schiffsmatrosen über eine gutgefüllte Geldbörse verfügte. Sie begaben sich auf die Straße und lauerten dem Matrosen auf. Als dieser erfuhr, schlugen sie ihn mit Knütteln nieder. Dann raubten sie den Matrosen völlig aus. Die drei uniformierten Verbrecher konnten bald durch die Polizei verhaftet werden.

Die „reformierte“ Schutzpolizei.

Von einem Oberbeamten der Schutzpolizei wird der „Welt a. M.“ geschrieben:

Eine systematische, durchsichtige Heke gegen die Schutzpolizei wird seit kurzem in den rechtsstehenden Blättern getrieben.

Die zu 90 Proz. auf dem Boden der Verfassung stehenden Unterbeamten sind den Reaktionen schon längst ein Dorn im Auge, sie verfolgen die Handvoll demokratisch- und sozialdenkender Oberbeamten mit glühendem Haß. Die letzte Stütze der Republik soll so umgedreht werden, daß sie, wie die Reichswehr, als Streitmacht zur Erhaltung des sozialen Volksstaates nicht mehr in Frage kommt. Diese Umwandlung wird mit brutaler Energie und eiserner Konsequenz betrieben, und wenn nicht schnellstens im Reichsministerium des Innern der Entwurf des Reichsrahmengesetzes und der Richtlinien zu diesem Gesetz geändert werden, dann haben die Herrschaften erreicht, was sie erstreben.

Wird die Polizei nach den Richtlinien zum Rahmengesetz der Schutzpolizei aufgebaut, dann ist es bald endgültig aus mit dem Schutz der Republik und der von der Mehrheit des Volkes gewollten sozialen Ordnung. Es würde zu weit führen, auf die einzelnen Paragraphen einzugehen, was soll man aber dazu sagen, daß nach diesen Richtlinien beinahe 50 Prozent der Beamten in Gehaltsgruppe 1 und 2 sein müssen. Augenblicklich gibt es überhaupt keine Beamten in Gruppe 1. Ein weiterer sehr hoher Prozentsatz, rund 35 Prozent, müssen in Gruppe 3 sein. Was ergibt sich daraus? Die Beförderungsmöglichkeiten sind die denkbar schlechtesten, und — was das Schlimmere ist — wie sieht der Ersatz aus, der sich auf 12 Jahre verpflichten muß zum Dienst in der Polizei in der Gewißheit, viele Jahre den untersten Gehaltsgruppen angehören zu müssen! Ja, ich frage nochmals, wer kommt dann zur Schutzpolizei? Es kommen die, welche ein großer Teil der Offiziere der Polizei haben will — nicht alle, aber ein erheblicher Teil dieser Herren, die im verblühenden Frontdienst im Zeitalter der Paraden groß geworden sind und sich ein Leben ohne Rekruten nicht denken können, und die keinen Schimmer haben vom Werte der Persönlichkeit bei der Erziehung zu innerer Disziplin, die tausendmal mehr wert ist als alle äußeren Hanneleffereien. 18-, 19-, 20jährige werden kommen, die besseren sind wahrscheinlich schon in der Reichswehr untergekommen, der Rest der Schuld kommt zur Schutzpolizei. Diese Leute werden dann gedrückt, gedrückt von Offizieren, denen die Republik ein Greuel ist. Und sie werden dann auf das unglückliche Volk losgelassen. Bis 1927 muß nach den Richtlinien die

Organisation durchgeführt sein; bis dahin müssen also die älteren, zuverlässigen Elemente raus sein; na, ich gratuliere der Republik und besonders dem Minister des Innern schon jetzt zu der neuauferlegten Polizei. Daß nach den Richtlinien nicht ein einziger der vielen berechtigten Wünsche der Beamten — der republikanischen — erfüllt wird, wundert keinen Eingeweihten mehr. Die reaktionären Herren sind wunschlos, es fällt ihnen ja alles von selbst in den Schoß. Und wer hilft uns, die wir ein Martyrium durchzumachen haben, jeder einzelne, besonders wenn er sozialistischer Republikaner ist. Soll es mit der Schutzpolizei genau so gehen wie mit der Reichswehr unter Noske? Will man wirklich Meuten, die heute noch in den Ideen des Feudalstaates leben, das letzte ausliefern, was die junge Republik noch zu ihrem Schutze hat?

Mietwucher und „Rote Fahne“.

Die „Rote Fahne“ erörtert die Bedeutung des am 1. Juli dieses Jahres in Kraft tretenden neuen Mietengesetzes, das bekanntlich die Zwangsbewirtschaftung des Wohnungswesens um 4 Jahre verlängert. Das kommunistische Zentralorgan hält vom allgemeinen kapitalistischen Standpunkt aus die Zwangsbewirtschaftung für ein Un Ding. Es sei ein Widerspruch, aus Wohlwollen gegen das Großkapital — billige Mieten — gleich billige Löhne — ein Gebiet des kapitalistischen Betriebes und der Freiwirtschaft auszuschließen. Materiell bedeute das Reichsmietengesetz für den Mieter eine sehr erhebliche Belastung. Die Miete werde auf mehr als das Dreifache des bisherigen Satzes steigen. Die Mietervertretungen würden wahrscheinlich zu einem stumpfen Instanzen gemacht werden, mit dem die Vermieter spielen könnten. Was not tue, wäre nicht eine so kleinliche und teure Reform, sondern eine großzügige Kommunalisierung.

In dieser kommunistischen Kritik ist ziemlich viel richtig, und die „Rote Fahne“ hat nicht so unrecht, wenn sie in diesem Zusammenhange das Wort Reform in Anführungsstrichen setzt. Nur eins gibt ein völlig falsches Bild: der Umstand, daß die „Rote Fahne“ behauptet, daß die Kommunisten im Reichstag für diese „Reform“ für dieses Reichsmietengesetz, für diese schamlose Auswucherung des Proletariats gestimmt haben.

Das Kräfteverhältnis im Reichstag war nämlich so, daß die Rechtsparteien geschlossen und ein erheblicher Teil der bürgerlichen Mittelparteien gegen das Reichsmietengesetz überhaupt stimmten, weil sie im Interesse der Hausbesitzer die Wohnungszwangswirtschaft soweit wie möglich beseitigen wollten. Der Freiverkehr in Wohnungen hätte etwa die Kleinigkeit einer Erhöhung der Mieten auf das 5fache bedeutet. Die Entscheidung lag bei den Kommunisten: sie konnten die schädliche Reform zu Fall bringen, und dann hätte der Wohnungswucher völlig freie Bahn. In dieser Situation, in der die Entscheidung von ihren Stimmen abhing, entschlossen sich die Kommunisten, trotz aller berechtigten Kritik und trotz allen wüsten sonstigen Schimpfens für das Gesetz zu stimmen und praktische Reformpolitik zu treiben.

Es ist selten wie hier der Fall, daß die paar Kommunisten tatsächlich den Ausschlag in einer praktischen Frage geben. Gewöhnlich können sie jeder Verantwortung har frei von der Leber weg schimpfen. Wo sie aber, wie hier Verantwortung tragen, müssen sie genau so handeln, wie die großen Parteien, die stets Verantwortung tragen, immer handeln müssen. Auch wenn sie dafür von den Kommunisten noch so oft als Verräter gebrandmarkt werden!

Gewerkschaften.

Der Verband deutscher Kapitäne und Steuerleute der Hochseefischerei Weddel in Holstein hatte bereits im Vorjahre den Antrag auf Aufnahme in den ADGB gestellt. Die Aufnahme mußte infolge des abgeschlossenen Organisationsvertrages dem IFA-Bund überwiesen werden. Nachdem alle Voraussetzungen erfüllt sind und der Beweis erbracht worden ist, daß der Verband deutscher Kapitäne und Steuerleute der Hochseefischerei vollständig auf freigewerkschaftlichem Boden steht, ist seine Aufnahme in den IFA-Bund erfolgt.

Kämpfe in der süddeutschen Metallindustrie. Zurzeit streiken in Stuttgart in 180 Betrieben 40 080 Metallarbeiter; in weiteren Betrieben mit 10 400 Arbeitern kämpfte die Arbeiterschaft zum nächsten Freitag. — In Nürnberg trat die Aussperrung durch den Verband bayerischer Metallindustrieller in sämtlichen Mitgliedsbetrieben in Kraft.

In der süddeutschen Textilindustrie fordern die Unternehmer weiterhin die 48stündige Wochenarbeitszeit, während die Arbeiter an den bestehenden 46 Stunden festhalten. Mit der gebotenen Lohnreduzierung von 2,20 Mk. pro Stunde für erwachsene Arbeiter und 1,50 Mk. für erwachsene Arbeiterinnen gegenüber den im Februar gebotenen Löhnen, einer Erhöhung von 27 bis 28 Prozent sind die Arbeiter einverstanden, allein die Unternehmer machen diese Zulage von der Verlängerung der Arbeitszeit auf 48 Stunden abhängig. Nebenbei hat der Verband süddeutscher Textilindustrieller beantragt, daß im sozialen Ausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft in aller kürzester Zeit über die Einführung der 46-Stunden-Arbeitswoche in der gesamten deutschen Textilindustrie verhandelt wird.

Schuldbestimmungen betreffend Kündigung und Wettbewerbsverbot im Handelsgeheimnis und in der Gewerbeordnung. Der Reichswirtschaftsrat hat eine Eingabe des Zentralverbandes der Angestellten, durch die eine der Geldwertung entsprechende Erhöhung der in diesen Schuldbestimmungen vorgegebenen Gehaltsgrenzen gefordert wurde, zugestimmt. Daraufhin hat sich das Reichsjustizministerium bereit erklärt, dem Reichstag demnächst eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen.

Kam der Demobilisationskommissar Schiedsprüche in Gesamtschlichtungen für verbindlich erklären? Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die Oberlandesgerichte Tena, Kassel, München und Köln haben bereits diese sehr strittigen Fragen bejaht. Nur das Oberlandesgericht Dresden hat dem Demobilisationskommissar das Recht abgesprochen, Schiedsprüche in Gesamtschlichtungen auf Grund der Bestimmung des § 28 der Verordnung vom 12. Februar 1920 für verbindlich zu erklären. Vor wenigen Tagen hat das Reichsgericht unter Aufhebung des Dresdener Urteils beide Fragen bejaht. Abschritt des Urteils wird demnächst veröffentlicht werden.

Ausperrung in der englischen Textilindustrie? Der Verband der englischen Textilindustriellen hat beschlossen, eine 20-prozentige Lohnreduzierung zum 15. April zu verlangen. Sollte die Zustimmung der Arbeitnehmerverbände nicht bis zum 1. April ausgeprochen sein, so wird der Textilindustrierverband die gesamte Arbeiterschaft am 5. April aussperrten.

Erhöhung der Seemannsgehältern in Australien. Die Presse-mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes berichten: Nachdem der australische Reederverband (Commonwealth Steamship Owners' Federation) am 23. Dezember 1921 den vorläufigen Schiedspruch in der Lohnfrage angenommen hat, sind alle Monatsgehältern um 36 Schilling 8 Pence erhöht worden. Es erhalten jetzt: Gelernte Seefleute 316 Sh. 8 P., Lampentimmer und Bootsmann je 336 Sh. 8 P., Trimmer 316 Sh. 8 P., Oeler und Heizer 356 Sh. 8 P., Matrosen von 18 Jahren an 221 Sh. 8 P., Matrosen unter 18 Jahren 196 Sh. 8 P. — In Dänemark und Großbritannien ist kürzlich eine teils weise Herabsetzung der Seemannsgehältern erfolgt.

Aus aller Welt.

Meta Müller. In den vornehmen Hotels Unter den Linden in Berlin verkehrte eine Zeitlang eine sehr elegant aufretende Dame, die sich Baroness von Stolzenberg nannte und mit Herren derselben Gesellschaftskreise einen angelegten und weitverzweigten Verkehr unterhielt. Die „Baroness“ erzählte ihren Herrenbesuchern, daß sie Besitzerin großer Liegenschaften sei, und ließ durchblicken, daß sie an Stelle ihres Vermalters lieber einen Gutsbesitzer läge. Der vermeintliche Reichtum der Dame ließ auch sie denken als eine gute Partie erscheinen, denen sie sich zur Abwechslung auch einmal als einfache Gutsbesitzerin Meta Müller vorstellte. Wenn es so weit gekommen war, daß man bald die

Sür Kinder

ist die beste Seife

Starkenpferd Buttermilch-Seife

(14860)

„An mi denn of,“ meen Jonni, und dor fall em dat wedder in, dat he nu de See to sehn kreeg. He baller vor later Freid mit de Hasen gegen die Kohlnitz un steug sik mit de Hann opt Kneez.

Sien Badder keek em an: „Du, Jonni, nu kumm mol een bitt'n dichter ran.“ He wull em wat seggen.

Jonni stell sik breetbeinig bi em hen und keek em bafch in de Ogen. „Wat denn?“ freug he, denn sien Badder kunn dor nich so recht mit rutzomen.

„Ja, Jonni, de Abbeheid moost ober bloß grote Reizen. Dat geiht um Kap Horn rum, an de Westküst rop bit no Jaiquie!“

„Na, dat will ik doch hoffen,“ sä Jonni. „Bit no Blantnees kann id of mit mien Fährdampfer sohn.“

„An wenn du wedder trügg kummst, Jonni, denn muß du di nich wunnern, wenn dat hier son bett'n anners utsehn deiz, un du uns nich mehr all op'n Dutt findst.“

„Oh, dat moost nig, dat weet id jo, Ol. Lot de beiden annern man heiraten, so veel se wüllt, denn warst du se los, wat, Ol?“

„De meen id nich, Jonni. Ik meen, dat du mi woll nich mehr warst andropen.“

„Oh nich? Wo wullst du denn hen, Ol?“

„Oh, min Kütt, id will nich mehr to See, id war woll bloß noch ne Reiz' in den letzten Hoben moken,“ sä de ole Schurmann.

Jonni harr sien Badder verstohn. „Badder“, schree he op, „du sollt mi ober noch nich starben, dat sollt du nicht! Woiaa denn?“ He harr beide Arms um sien Badder sien Schullern leggt un reet em an sik ran, ganz dicht, as jull em keener sien Badder nehmen, un den Jung scheuten man jo de besten Tro'n ut de Ogen.

„D, Jonni, wat heit dat Leben denn noch jorn Zweck for mi, wenn id nig mehr verdienen kann. Un fall id de hier to Last falln, fall id mi von jem fuddern loten as jon oln Hund? Oh, Jonni, nu ween man nich, du büst jo of all son groten Jung, warst of all ohne mi wedder tomen.“

Todesstrafe gegen Schieber und Wucherer.

Zuher war bei den Geschichtsschreibern die Darstellung beliebt, daß die Kultur des alten römischen Weltreiches von den germanischen Barbaren während der Völkerwanderung einfach kurz und klein geschlagen worden sei. In Wirklichkeit war die römisch-griechische Welt schon mitten in unaufhaltamen Verfall, als die Germanen in das römische Reich einbrachen. Die antike Kultur ist in sich selbst zerfallen und sie zerfiel infolge des wirtschaftlichen Verfalls.

Der Kapitalismus im Altertum war etwas anderes als unser heutiger Kapitalismus. Das hat in seinen Studien über die römische Weltgeschichte der italienische Universitätsprofessor Salviooli überzeugend nachgewiesen. Wir können also nicht etwa den gegenwärtigen Verfall auf ähnliche wirtschaftliche Ursachen zurückführen wie den des römischen Weltreiches. Dennoch ist wenigstens die äußere Ähnlichkeit ganz auffallend.

So schreibt Salviooli: „Staatshaushalt wie Privatwirtschaft arbeiteten immerfort mit Defizit, die Kreise nahmen überhand, und Fiskus und Familie stekten wegen ihrer Brunnhaft bis über die Ohren in Schulden. So mancher Kaiser versuchte dem Unheil zu steuern, aber es war zu spät. Troßdem Alexander Severus seinen Hofhalt aufs engste beschränkte, das Gold von den Feldzeichen abnahm, goldene Gefäße in die Münze schickte, so mühte doch alle Sparjamkeit nichts mehr. Es war keine Möglichkeit mehr, der Verschleuderung des Nationalgutes Einhalt zu gebieten. Tacitus legt Tibertus eine genaue Beschreibung aller Uebel in den Mund, die in politischen und sozialen Leben überwucherten; aber auch er weiß kein wirksames Heilmittel anzugeben. Die Bestimmten stritten sich, wer an allem schuld sei, aber gegen das Unheil taten sie nichts. Es war unmöglich, das Defizit durch Konfiskationen, oder die Geldkrise durch Münzverschlechterung zu bekämpfen, im Gegenteil, das machte die Sache nur noch schlimmer.“

Manche Züge aus der Geschichte der Kaiserzeit beleuchten lebhaft die herrschende Geldklemme: so mußte der Kaiser Trajan dem Fiskus sein Privatvermögen zur Verfügung stellen, um die Soldaten zu bezahlen, und seinen Grundbesitz, um die Veteranen zu besolden; so mußte Marc Aurel, — alle Hilfsquellen waren erschöpft, alles erdenkliche bereits veräußert, aber er brauchte Geld für die Kriegskosten — nach Leerung seines Privatbäckes die Möbel seines Palastes, goldene Vasen und murrhineische Beien, ja die gold- und silberbesetzten Gewänder der Kaiserin meistbietend versteigern.

Zur Zeit des Kaisers Diokletian (um 300 nach Chr.) war der Staatskredit völlig untergraben, das heißt, der Kredit der

ganzen damaligen kapitalistischen Welt. Das Silbergeld enthielt damals kaum noch Silber. Viel war an seine Stelle getreten. Die Preise der Waren stiegen ins Unersehliche. Diokletian hatte die Beamtenschaft beträchtlich vermehrt. Da die Preise immer höher stiegen, wurden die Beamtengehälter immer unzureichender. Dem huchte Diokletian zu steuern, indem er die Münzen verbeserte. Schließlich setzte Diokletian Höchstpreise fest, die sich auf sämtliche Waren und Gebrauchsgegenstände erstreckten. Selbst die Haselnüsse erhielten ihren Höchstpreis. Auch für alle Löhne, selbst für die Tanzmeister und Tierärzte, wurden Höchstgrenzen eingeführt.

In dem Vorwort, das Diokletian seinem Höchstpreistarif voranschickte, heißt es:

Wir haben jetzt tiefsten Frieden; nun soll das Reich die Güter des Friedens auch genießen. Aber die Habgucht mittel: täglich, stündlich, in jedem Moment stürzen die Rabenben sich auf ihren Profit; sie kennen kein Maß, und das Publikum kann es nicht länger mit Geduld hinnehmen. Es gilt als Religion, am Ausplündern der Besitzenden sich nur durch Zwang hindern zu lassen. Daher ist es Sache unerer väterlichen Fürsorge, für die Menschheit Hilfe zu schaffen. Die Justiz muß eingreifen. Was durch Naturrecht sich von selbst herstellen sollte, muß jetzt durch Gewalt erzwungen werden. Zu lange schon haben wir geschwiegen. Denn selbst aus den Gottesgaben wollen sie Gewinn ziehen; in bezug auf die bevorstehende Ernte wird spekuliert, und sie sind unglücklich, wenn Regen die Felder befruchtet. Das Vierfache, das Achtfache nehmen sie; es kommt bisweilen vor, daß der Soldat für eine Sache, die er braucht, seinen ganzen Sold hinwerfen muß. Das ist Raub an Staats. Daher haben wir beschlossen, zwar nicht die Preise für die Waren zu bestimmen (denn vielerorts sind diese zum Glück noch reichlich vorhanden und auch billig zu haben), wohl aber eine Grenze für die Preise festzusetzen. Niemand darf sie überschreiten: Käufer und Verkäufer, die über See Handel treiben oder von Provinz zu Provinz wandern, haben sich danach zu richten. Und da es allen Zeiten so war, daß nur durch Furcht die Frechheit gezügelt wird, so soll, wer dies Gesetz nachweislich verlegt, die Todesstrafe erleiden. Man halte das nicht für zu hart; jeder kann der Strafe entgehen, der Besserdienst lernt.“

Auch damals bereicherten sich also die, die noch etwas besaßen, an der Not derer, die nichts mehr besaßen. Obwohl Diokletian als Weltbeherrscher seine Höchstpreise der ganzen kapitalistischen Welt vorschreiben konnte und dem unerschämtesten Wucher auch ge-wehrt haben mag, so hat er den Verfall der römischen Wirtschaft und Kultur doch nicht aufhalten können.

Eine schliefen wollte, dann die rechte Brust plötzlich eine Nadel, die sie zwang, auf kurze Zeit ihre Bewegung aufzuheben. Es war jedesmal mit der Vermahlung irgend etwas zu regeln. Zu ihrem Bedauern verfügte das Fräulein dann immer nicht über das erforderliche Reizmittel. Der Bräutigam half natürlich gern aus, auch wenn es sich um eine größere Summe handelte. Nach Erledigung der dringlichen Angelegenheiten kehrte die Dame nach Berlin zurück, nahm den Verkehr wieder auf, dachte aber an die Rückzahlung einzuweisen noch nicht. Der Bräutigam legte auch niemals Wert darauf, weil er sich der angenehmen Hoffnung hingab, doch bald in den gauigen Besitz zu kommen. Einige Tage blieb der Verkehr noch aufrechterhalten, dann war die Gutsbesitzerin verschwunden. Bei einem dieser Besucher trieb sie es aber zu arg; sie stahl ihm bei einem Besuch in seiner Wohnung sogar Schmuckstücke. Das ging dem Herrn denn doch zu weit, und er hatte infolgedessen eine Unterhaltung mit der Kriminalpolizei, die nach kurzer Zeit in der Baroness eine von ihrem Manne getrennt lebende 26 Jahre alte Frau Meta Müller wiedererkannte, gegen die bereits ein Verfahren schwebte. Frau Müller wurde wegen des gleichen Schwindels vor einiger Zeit schon gelocht. Als sie damals in einem Hotel am Stettiner Bahnhof ermittelt wurde und festgenommen werden sollte, schloß sie sich eine Kugel in die Brust und mußte nach der Charité gebracht werden. Von dort wurde sie geheilt entlassen, bevor noch das Verfahren abgeschlossen war. Sofort nahm sie ihren Schwindel wieder auf. Jetzt wurde sie in einem Café am Rosenthaler Tor von einem Betrogenen getroffen und wiedererkannt. Er ließ sie von neuem festnehmen. Die Verhaftete legte sofort auch ein Geständnis ab.

Drei Kinder verbrannt, die Mutter kerkert. In Budapest sind drei Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren, deren Mutter Einkäufe besorgte und die Kinder in einem Zimmer eingesperrt hatte, verbrannt. Die Kinder spielten mit Hundehäuten, dadurch die Einrichtung in Brand geriet. Als die Mutter nach Hause kam, fand sie die drei Kinder als verkohlte Leichen auf. Die Mutter wurde vom Justizbeamten befallen und mußte in die Irrenanstalt gebracht werden.

Ein salomonisches Urteil. Die Trennung des Haushaltes, die bei Ehescheidungsprozessen manchmal vom Gericht gefordert wird, führt bei der gegenwärtigen Wohnungsnot auf große Schwierigkeiten und hat in manchen Fällen zu sehr merkwürdigen Regelungen geführt. Wie der bekannte Jurist Geheimrat Dr. Heitsch in „Reclams Universalien“ erzählt, begehrte in einem solchen Prozesse die Frau die einstweilige Trennung von ihrem ehelichen Untertanen bis zum Erlaß des Urteils. Die Ehegattungsammer des Landgerichts, die hierüber zu entscheiden hatte, wollte aber weder den Mann noch die Frau aus der Ehemohnung herausziehen, weil keiner von ihnen anderweitig ein angemessenes Unterkommen hätte finden können. Deshalb ordnete das Gericht eine Teilung der bisher gemeinschaftlichen Räume an und führte diese auch hinsichtlich der unteilbaren Lokalitäten, wie Badezimmer, Klosett usw., bis aufs Kleinste durch. Das Gericht teilte nämlich für diese unbedingt notwendigen Räume genaue Benutzungsstunden fest, an die sich Mann und Frau halten sollten. Das Urteil hat mit dem des weisen Salomon zweifellos eine gewisse Ähnlichkeit. Wir fürchten aber, daß seine praktische Durchführung zuweilen doch heftige und drangsalvolle Schwierigkeiten verursachen wird.

6 Stunden zwischen Himmel und Erde. Nach einer Pariser Meldung ist es dem von einem Fesselballon bei Anvers bei Aufstiege mit mehreren französischen Soldaten gelangten, sich zu retten. Er ließ sich über einem Walde von dem Seil in die Baumwipfel haken. Nur leicht verletzt erreichte er den Boden und wurde von Offizieren, die dem Ballon gefolgt waren, aufgenommen. Der Mann hat länger als 6 Stunden am Seil gehangen.

Was bei einer ungarischen Bauernhochzeit verzehrt wird. Wie ungarische Blätter berichten, wurden anlässlich eines Hochzeitsmahles in der Gemeinde Keres 6 Truthähne, 12 Stowane, 15 Hennen, 1 Ochse, 1 Schwein, 15 große Kuchen, ebenfalls viele Tafel Brot, 10 Butterkrumen, 5 Lorien und andere Speisen verzehrt. 500 Liter Wein waren dazu ausgetrunken, diese Speisen zu beschaffen. Zur Herstellung des Hochzeitsmahlraumes verwendeten man 100 Eier, 22 Kilogramm Zucker und 12 Kilogramm Butter.

Die teuerste Stadt der Welt. Sie liegt in Mexiko am Pazifik und heißt Tampico. Dort verdienen die weißen Arbeiter, die an den Oelquellen arbeiten, hundert Hund (heute 100 000 M.) im Monat, bei vollkommen freier Wohnung und freier Verdienstmöglichkeit. Arbeiter, die besonders tüchtig sind, erhalten noch viel höhere Löhne. Doch wie gewonnen, so ertrunken. Entlang den Ufern sind auch die Preise für alle Waren. Eine einfache Maß Weizen kostet über 2000 M., ein Glas Milch über 150 M. Besonders teuer sind Fische; ein guter Fisch ist nicht unter 2- bis 4000 M. erhältlich.

Bei afrikanischen Zwergvölkern.

Wunderliche Sitten und Bräute von den noch so wenig bekannten afrikanischen Zwergvölkern werden in einem fochben in London erschienenen Werk „Auf den Spuren der Pygmäen“ von dem Wissenschaftler Dr. J. van den Berg beschrieben. Bei dem Kottungu-Stamm sind die Hochzeitszeremonien sehr ausgefallen, und eine Hauptrolle dabei spielt die Tränenwaise der Braut. Zunächst muß der Bewerber seinem zukünftigen Schwiegervater, um dessen Tochter er freit, zehn Ziegen als „Anzahlung“ geben; dann entfendet er drei Freunde, die das Mädchen nach einem vorher festgelegten Ort geleiten müssen. Er führt seine zukünftige Frau nach der Hälfte seiner Mutter, während sie sich häufig hinsetzen und beständig weinen muß. Nachdem sie schließlich glücklich in der häusgemüthlichen Stätte angelangt ist, ist sie verpflichtet, drei Tage lang Tränen zu vergießen, während der Brautgatte ihr fernbleibt. Die wirkliche Hochzeit findet zehn Tage später statt. Am nächsten Morgen kommen die Verwandten der jungen Frau vor die Hütte der Nevermählten und erheben ein lautes Getöse und Gekrei, weil sie ihre Gespielen verloren haben. Hier verhalten sie drei Tage, und man ist die Reihe an ihnen, endlich Tränen zu vergießen. Haben auf diese Weise die Tränenwaisen der Zwergvölker in einer unerhörten und nur auf langer Übung erklärlichen Weise gearbeitet, dann ist die Braut erst richtig verheiratet. Der Wissenschaftler erzählt, daß die Pygmäen ihn ziemlich erstaunlich, nachdem ich unter großen Mühen mehr als 20 Kilometer geseilt war, um sie zu besuchen. Sie sind sehr klein und leben ganz für sich abgelehnt; sie haben aber nicht die selben Bedürfnisse, sondern bleiben niemals länger als 14 Tage in den Dörfern, die so klein sind wie sie selbst. Wir boten ihnen Fleisch und andere Nahrungsmittel an, erzählt von dem Berg, aber sie weigerten sich, irgendwelches Fleisch zu essen, das sie nicht mit ihren eigenen Händen geerntet hätten, und zeigten sich gegen die anderen Speisen sehr misstrauisch. Die Pygmäen sind

sehr tüchtige Jäger; kein Tier ist ihnen zu groß oder zu klein. Sie verfolgen hastig die Fährten des Elefanten und spüren diese großen Tiere geradezu mit ihren Pfeilen, stoßen auf sie mit ihren Speeren, geschützt durch dichtes Baumgewirr, ein und reißen ihnen Stücke Fleisch vom Rücken, bis der Elefant schließlich infolge des Blutverlustes stirbt. Ein anderer Zwergstamm, die Bakamba, die südlich von Nairobi wohnen, haben vorzügliche Zahnärzte. „Verlorene Oberzähne“, berichtet der Verfasser, „werden durch Zähne ersetzt, die man den großen Antilopen ausgedrückt hat. Diese künstlichen Zähne werden in den Höhlen der ausgerissenen oder ausgefallenen Zähne eingepflanzt und solange hineingehämmert, bis sie an der Stelle bleiben. Dieser Stamm zeichnet sich durch ein besonders feines Gehör aus. Diese Pygmäen sprechen miteinander in ganz gewöhnlichen Gesprächston, wenn sie bis 100 Meter voneinander entfernt sind, und verstehen sich ohne Schwierigkeit. Der an Nairobi angrenzende Stamm der Kituu wird von dem Verfasser als ein „besonders religiöses und nachdenkliches Volk“ geschildert. Sie haben den Glauben, daß „die Sünde die Wurzel“ alles Übels ist und die Frucht der Sünde der Tod. Sie meinen auch, daß Tod ansteckend ist und daß deshalb niemand einen Toten berühren darf, wenn er sich nicht mit dem Reim des Todes bedecken will. Bevor jemand stirbt, wird er bereits aus dem Dorf hinaus an eine Stelle gebracht, wo der Leichnam liegen kann, ohne daß ihn noch jemand zu berühren braucht. Stirbt jemand plötzlich, so wird die Leiche in der Hütte gelassen und ein großes Loch in deren Wand gemacht, damit die Hyänen hineinkommen und den Körper wegtragen können.“

Kindergebräuche in Japan.

Wir wissen heute nichts mehr von dem intimen Verhältnis zwischen dem Menschen und seiner Umwelt, wie es in naturnäheren Zeiten bestand. Wir befehlen die Dinge nicht mehr, mit denen wir umgehen; sie sind für uns tot und werden nach Bedarf abgenutzt. Hat jemand noch ein vertrauteres Verhältnis zu seinem Hausat und zu seinem Werkzeug, so müht uns das in unserer entseelten Zeit schon etwas anachronistisch an, so weit es auch von jener Befehlung aller Dinge entfernt sein mag, die dem primitiven Menschen natürlich war. Von ihr erzählen nur noch die Märchen, in denen sich die Bratwurst durch den Drei schlingt und die Nadel ins Kissen steckt, um den hohen Wirt zu bestärken. Und wie die Märchen uns nur für die Kinder geschrieben scheinen, so sind es auch nur die Kinder, die noch allgemein in einem solchen intimen Verhältnis zu ihrem Spielzeug und zu den Gegenständen ihres Gebrauches stehen. In Japan haben sich unter den Kindern sogar noch gewisse Festgebräuche erhalten, die auf solchen Aufstellungen beruhen und reizvolle Blicke in die Seele des Offens tun lassen.

Da erstreckt sich zum Beispiel die Nadel, dieser unscheinbare, wenn auch unentbehrliche Gegenstand unseres täglichen Gebrauchs, einer besonderen Reizung. In den Mädchenkreisen wird jährlich ein Fest der Nadeln abgehalten, bei dem man zusammenkommt, um all den großen und kleinen Nadeln etwas Liebes zu erweisen, die während des ganzen Jahres den Fingern einschläft sind, um in dieser Zeit oder jener Ruhe einjam, unbeachtet, unbewundert und unbefunden, liegen zu bleiben. Vor einem Haufen aufgeschichteter Nadeln werden als Opfergaben Kuchen oder andere Liebesgaben der kleinen Mädchen dargebracht, und diese werden im Angesicht dieser Opferhandlung von der Lehrerin darauf hingewiesen, wie achtsam sie mit den armen Nadeln umgegangen sind. Um dann den künftigen Bekleidungen für den Rest ihres Lebens eine sanfte Ruhestätte zu bereiten, bettet jedes Mitglied der Klasse, wobei die Lehrerin als Oberpriesterin vorangeht, eine Nadel, die einst bessere Tage gesehen hat, in ein Nadelkissen, das aus einem Bohnendrei besteht, der das angehende Neugeborene eines rechts ledernen Puddings befestigt.

Nicht minder menschlich gehen die Japaner mit ihren Spielzeugen um. Sie gehören ja zu den Dingen, die uns einst die größten Freuden bereitet haben, aber wir vergessen ihre Wohltaten, wenn wir herangewachsen sind. Deshalb hat man in der Nähe von Tokio vor einiger Zeit den verlorenen oder zerbrochenen Spielzeugen ein Denkmal errichtet. Vor diesem wird bei passender Gelegenheit von Kindern und von Großen, die sich ihre alte Liebe für Kinderspiele bewahrt haben, eine kleine Feyer abgehalten. Die Kinder lockt man nicht vergebens durch die Aussicht an, daß sie dabei ihre zerbrochenen Spielzeugen wie neu wieder zurückbekommen. Dabei erinnern sich auch die Erwachsenen, wie viel Glück ihnen einst in den friedlichen Tagen der Kindheit aus ihren Spielzeugen erwuchs, und sie denken wehmütig darüber nach, daß das Kindertum ihnen verschlossen ist, wenn sie nicht die Fähigkeit besitzen, sich darin zurückzueräumen. Besonderer Ehrerbietung erfreuen sich die Puppen. In einem der Kindergärten in Tokio hält man jährlich einen buddhistischen Gottesdienst für gealterte Puppen ab, die bei dieser Gelegenheit aus den Händen des Pappenspieler verjüngt wieder hervorgehen. Die kleinen Puppenmütter sitzen dabei würdevoll umher, ihre kleineren Liebhaber in den Armen, während vor einem in Schulhof improvisierten Altar, der reichlich mit Blumen, angezündeten Kerzen und Opfergaben geschmückt ist, ein buddhistischer Priester ein Dankgebet spricht.

Interessant hat man an einem der schönsten Plätze Tokios, der unter dem Namen „Garten der hundert Blumen“ bekannt ist, auch einem Bärenkind ein Denkmal errichtet. Vor etwa 25 Jahren lebte Motsumi, einer der erfolgreichsten Schauspielergänger seiner Zeit, ein Stück, das sehr populär wurde und sich lange auf der Bühne hielt. Seine Freunde und Schüler legten aus das Werk hier buchstäblich bei, indem sie das Manuskript in die Erde legten und darüber einen Stein errichteten, auf dem ein kurzer Bericht über das Stück und seinen Verfasser eingegraben ist. So verführte man dem Andenken an das Werk die Dauer.

Allerlei Wissenwertes.

Der Himmelsdortsee der tiefste Punkt Deutschlands.
Der höchste Punkt Deutschlands ist ziemlich allgemein bekannt — es ist der Gipfel der Zugspitze, der sich 2963 Meter über die Nordsee erhebt. Welches ist aber der tiefste Punkt des deutschen Bodens? Er ist am Grunde einer der vieler Seen zu suchen, deren Boden sich in manchen Fällen unter das Meeresniveau hinabsenkt. Der Ruhm, den tiefsten Punkt Deutschlands zu sein, hat zu bergen, gebührt dem laut wenig bekannten Himmelsdortsee, der bei Travensbrunn fast in gleiche Höhe wie die benachbarte Döbersee liegt. Er reicht 4 Meter unter das Meeresniveau hinab, so daß der Höhenunterschied zwischen dem höchsten und dem tiefsten Punkte Deutschlands fast genau 3000 Meter beträgt. Andere deutsche Seen sind zwar viel tiefer, liegen aber

höher, so daß sie doch nicht so tief hinabsinken. So ist der Bodensee 252 Meter tief, sein Spiegel liegt aber 399 Meter über dem Meer, und so liegt die tiefste Stelle seines Bodens immer noch 147 Meter höher als der Meerespiegel. Noch eine zweite hervorragende Merkwürdigkeit besitzt der Himmelsdortsee, wie Dr. Griesel entdeckt. Er enthält nämlich an seinem Grunde, nur 35,5 Meter Tiefe an, Salzwasser, aber die sehr scharfe Grenze zwischen ihm und dem darüber liegenden Süßwasser sinkt jährlich um 60 Zentimeter. Es handelt sich dabei offenbar um den Rest des Ostseewassers, das im Jahre 1872 durch eine furchtbare Sturmflut in der See hineingetrieben wurde und nun mehr und mehr ausgeflutet wird.

Die Ameisen, die Kinder fressen. Ueber den großen Weltkrieg, den die Menschen mit den Insekten führen, machte der englische Zoologe Prof. Weston in einer Vorlesung der Londoner Royal Institution interessante Mitteilungen. Als das gefährlichste Insekt bezeichnete er die argentinische Ameise, die sich seit 1897 über die Welt, besonders in Spanien, ausgebreitet hat und 1918 auch nach England kam. Dieses kleine aber unendlich gefräßige Insekt hat sich zu einer Pest für den Haushalt herausgebildet, stürzt sich über die Eßstäube und schaut sich sogar nicht, kleine Kinder in der Wiege anzufressen. In Argentinien sind auf diese Weise Kinder getötet worden. Die Ameise hat die ganze Vogelwelt auf Madeira zerstört, indem sie den Inhalt der Nester verzehrte und an verheerenden Stellen die Orangen- und Kaffees Ernten ruiniert. Die Ameise tötet oft Pflanzen nicht unmittelbar, sondern dadurch, daß sie andere Insekten in ihrem Fortbewegungsweg ertötigt, so hauptsächlich die grüne Fliege, die sie hält, „wie der Mensch Kuh“. Die Ameise baut sogar Wohnungen für diese Fliegen, heißt sie bei Krankheiten und verteidigt sie gegen Feinde. Dieses gefräßige Tier, dessen starke Kauerwerkzeuge vor nichts zurückweichen, ist auch der Verbreiter gefährlicher menschlicher Krankheiten und deshalb eine große Gefahr für die Menschheit.

Die größte Schule der Welt. Eine Schule, deren Bezirk an Umfang nicht seinesgleichen hat, befindet sich, wie das „Wissen“ mitteilt, in Del Norte in Colorado. Ihr Gebiet umfaßt 585 englische Quadratmeilen, das sind 1515 Quadratkilometer. Vor zehn Jahren noch sorgten 12 Zwerghochschulen für den Unterricht der weit über vier Millionen Kinder. Die Eltern beschloßen jedoch, gegen nur vier Stimmen, eine wohlgeleitete Schule im Hauptort des Bezirks einzurichten, da sie die Vorteile einer solchen konsolidierten Schule einsehen. Sie schenken ihr zuliebe nicht das Opfer, zehn Autobusse anzuschaffen, deren jeder täglich durchschnittlich 65 Kilometer zurücklegen muß. Die trefflich ausgestattete Schule wird von einer tüchtigen Eltern- und Lehrervereinigung umhüllt. Trotz der Erfrierungen sind die Elternabende oft von 600 Personen besucht.

Ueber den Schlaf der Tiere in der Nacht und was wir Menschen daraus lernen können, macht Dr. Zell interessante Ausführungen. Bei den Tieren kommt ein fester Schlaf nur ausnahmeweise vor. Die meisten Geschöpfe sind Nachttiere. Tagtiere wie Menschen, Tauben und Tauben bilden die Minderheit. Fast schlafen in der Nacht nur die Säugtiere, die vor einem Ueberfallen durch Feinde regelmäßig geschützt sind. Solche aber, die einem nächtlichen Angriff durch Feinde ausgesetzt sind, schlafen nur sehr leicht. Für den erwachsenen Durchschnittsmenschen sei bemerkt, ein onbaunder unaußerer Schlaf nicht naturgemäß, eher eine zeitweilige Störung der Nachtruhe. Dagegen brauchen Kopfortarbeiter und Kinder viel mehr Schlaf als der gewöhnliche Mensch, weil bei beiden dem Gehirn viel neue Eindrücke zu geführt werden.

Neue Bücher.

„Der Firm“, Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Folgende bemerkenswerten Artikel haben wir aus dem Inhalt des neuesten Heftes des 3. Jahrganges hervor: Die Rettung der Wolgastländer (Leiter); Paul Perich; Mengland geht zur Küste; Richard Wolf; Masse und Führer; A. Conrad; Deutsch-Polnisches II.; Dr. Julian Marcuse München; Oberammergau; Friedrich von Lucanus; Die Wölfe auf der Wanderung. Blick vom Firm; Entmannungsgeschichten. Es klinkt! Hoch Klingt das Lied... Expressionistische Selbstkritik. Bibliothekar. — „Der Firm“, erscheint halbjährlich und ist durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom Verlag: „Der Firm“, Berlin W. 35, zu beziehen. Abonnementspreis: vierteljährlich (6 Hefte) 18 M.; Einzelheft 3 M. Probenummern kostenlos.

Die Meggendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Vierteljährlich 13 Nummern M. 15.60
beim Postamt oder vom Verlag.
Die einzelne Nummer kostet M. 1.25.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mark 2.— kostet. Gegen weitere 80 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.

Inferate

finden durch den „Übercker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Übercker Volksboten“.

Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Volksboten“

Jeder Leser des „Volksboten“ kann in unserer Beilagenabteilung oder bei den Vertretern des „Volksboten“ die illustrierte Monatshefte „Welt und Wissen“ bestellen. „Welt und Wissen“ enthält eine ganze Bibliothek: wenn sie bringt hochinteressante und volkreiche Geschichten die Weltgeschichte der ganzen Welt in Wort und Bild. Jedes Heft reich illustriert, mit 16 bis 20 Seiten Text, kostet 12 bis 20 Artikel von ersten Fachleuten z. B.: Die Weltgeschichte der Erdkunde — Der Wille und der Geist — Die Herkuleslegende — Die Schöpfung des Universums — Vom Sterben der Seele — Sünden und Barmherzigkeit — Das Klein- und Großwunder — Sünden und Sündflut — Die Welt der 100 000 Jahre — Das Leben unter Wasser — Ist der Weltraum unendlich? — Sind Gedanken übertragbar? — Das Innere der Erde — Unterirdische Flüsse — Traulose Telephonie — Die Essenz in Norddeutschland — Künstliche Nahrungsmittel — Sitten und Gebräuche im Orient usw. Um sich zu überzeugen, daß jeder Leser hierauf abonnieren kann, wurde der Preis so billig gestellt. Kein Leser des „Volksboten“ veräume, Welt und Wissen“ zu lesen.

Name _____ Ort u. Straße _____